



Dat Pöggskén

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

Guten Tag,
liebe Leserin und
lieber Leser!

Die Kommunalwahl, die uns so lange beschäftigt hat, liegt nun schon einige Monate hinter uns. Mit 38,7 Prozent erzielten wir Grünen das beste grüne Ergebnis in ganz NRW und auch das Bürgermeisteramt ist weiter in grüner Hand: Katja Behrendt trat ihr Amt mit Energie, Neugier und dem Willen an, Telgte gemeinsam mit den Menschen hier zu gestalten. Im Rat haben nun CDU und FDP eine hauchdünne Mehrheit, und das hinterlässt schon jetzt fatale Spuren. Die Baumschutzsatzung wurde mit einer Stimme Mehrheit abgeschafft, Klimaschutzthemen in Frage gestellt, Bürgerbeteiligung in starre Ausschussformate gegossen. Wir nehmen das zur Kenntnis, wir arbeiten konstruktiv – aber wir widersprechen, wo es nötig ist.

Gleichzeitig stehen wir vor einer Haushaltslage, die uns vor Herausforderungen stellt. Über zehn Millionen Euro Defizit, eine um 24 Prozent gestiegene Kreisumlage, strukturelle Unterfinanzierung – das ist keine Telgter Misswirtschaft, das ist das bundesweite Versagen der Kommunalfinanzierung. Während die Stadt investieren muss – in Schulen, Rathaus, Infrastruktur – fehlt schlicht das Geld. Wir begleiten diesen Haushalt kritisch, aber verantwortungsvoll.

Und trotzdem: Telgte macht Fortschritte. Der Solarpark Wöste nimmt Gestalt an, das Repowering im Windpark „Bester Feld“ steigert die Leistung fast zehnfach, die Veloroute nach Münster ist in Betrieb. Die Energiewende findet statt – vor Ort, mit konkreten Projekten.

Diese Ausgabe zeigt: Kommunalpolitik ist kein abstraktes Geschäft. Sie entscheidet, ob Bäume stehen bleiben, ob Kitas öffnen, ob Räder sicher rollen. Wir berichten, was war – und was kommen soll.

Ihre und eure
Pöggskén-Redaktion



Quelle: KAW. S 05 Telgte

Sanierung oder Abriss

Unser Rathaus ist über 50 Jahre alt, denkmalgeschützt und schlichtweg in einem Zustand, der ein „Weiter so“ nicht mehr zulässt. Brandschutzmängel, völlig veraltete Technik und Schadstoffe stellen uns vor große Herausforderungen. Gleichzeitig geht es um viel Geld, um Klimaschutz und um ein wichtiges

Stück Telgter Stadtgeschichte. Viele technische Anlagen haben das Ende ihrer Lebensdauer erreicht. Schadstoffe wie PCB, Formaldehyd und Asbest sind nachgewiesen, zwar noch im Grenzbereich, aber stellenweise deutlich messbar. Jede Verzögerung erhöht Risiken, Haftung und langfristige Kosten. Nicht

zu handeln ist keine Option. Bei der Frage Sanierung oder Abriss geht es nicht nur um Baukosten. Entscheidend ist der gesamte Lebensweg des Gebäudes: Bau, Energieverbrauch, Instandhaltung und späterer Rückbau. Erste Schätzungen zeigen: Eine Sanierung liegt – inklusive notwendiger

Übergangslösungen – unter den überschlägig ermittelten Kosten eines Neubaus auf der grünen Wiese. Ein Abriss im Vorfeld eines Neubaus würde zusätzlich hohe Kosten für Rückbau, Schadstoffentsorgung [...]

Lesen Sie mehr auf Seite 6

Die Quadratur des Kreises – Haushalt 2026

Der Haushaltsentwurf der Stadt Telgte für 2026 zeigt – wie schon in den Vorjahren, diesmal jedoch mit wachsender Dramatik –, dass die Kommunen strukturell unterfinanziert sind. Um dies zu verdeutlichen, folgt ein Überblick über die wichtigsten Einnahmen und Ausgaben. Schaut man sich jetzt an, welche Möglichkeiten zum Haushal-

tausgleich bestehen, so zeigt sich das ganze Dilemma: Bei den **Einnahmen** sind die Möglichkeiten begrenzt. Geplante Mehreinnahmen sind ausschließlich im Bereich der Gewerbe- und Grundsteuer möglich. In beiden Fällen hat die Kommune über die Hebesätze Einfluss auf die Höhe der Steuern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die letztendliche Höhe der Gewerbesteuer von den Gewinnen der Unternehmen in Telgte abhängt. Hinzu kommen nur schwer kalkulierbare Nach – oder Rückforderungen aus vergangenen Jahren. Alle anderen Einnahmen sind mehr oder weniger gesetzlich festgelegt oder sind Anteile an ein Steueraufkommen auf hö-

heren Ebenen. Noch geringer sind die Möglichkeiten, die **Aufwendungen** in relevantem Ausmaß zu begrenzen. Allein die Transferaufwendungen – hier zählen insbesondere [...]

heren Ebenen. Noch geringer sind die Möglichkeiten, die **Aufwendungen** in relevantem Ausmaß zu begrenzen. Allein die Transferaufwendungen – hier zählen insbesondere [...]

Lesen Sie mehr auf Seite 16

Kein Tag wie ein anderer

„Wie sieht eigentlich ein typischer Tag als Bürgermeisterin aus?“ – diese Frage bekomme ich immer wieder gestellt. Die ehrliche Antwort lautet: Einen wirklich typischen Tag habe ich noch nicht erlebt. Oft jagt ein Termin den nächsten, und die Themen könnten unterschiedlicher kaum sein.

So kann ein Tag beginnen mit einer vorbereitenden Sitzung unseres Abwasserbetriebs TEO. Dort kommen auch die Bürgermeisterkollegen aus Everswinkel, Ostbevern und Beelen zusammen, denn viele Aufgaben lassen sich sinnvoll nur gemeinsam lösen. Überhaupt ist es erstaunlich, dass ich meine Amtskolleginnen und -kollegen in unterschiedlichen Konstellationen fast wöchentlich sehe. Verbunden sind wir nicht nur über die TEO-Zusammenarbeit bei der Feuerwehr. Sechs Kommunen haben sich auch zusammengetan, um interkommunal eine Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, um bezahlbaren Wohnraum zu bauen. Etwas

später am Vormittag geht es im Rathaus weiter mit ganz anderen Themen. Mit den Kolleginnen und Kollegen aus den einzelnen Fachbereichen diskutiere ich Sitzungsvorlagen für die Ausschüsse und Ratssitzungen, bespreche beispielsweise unsere Position zu einem zukünftigen Löschwasserkonzept oder zu einer Arbeitsplatzkampagne. Auch Personalfragen gehören regelmäßig dazu, schließlich arbeiten viele Menschen daran, dass die Verwaltung für Telgte gut funktioniert. Mittags versuche ich, wenn es irgendwie passt, nach Hause zu fahren. Gemeinsam mit meiner Familie zu essen, ist für mich ein wichtiger kleiner Anker im Alltag.

Am Nachmittag geht es dann weiter mit den Terminen: mal steht ein Betriebsbesuch bei einem Telgter Unternehmen auf dem Plan oder Gespräche mit dem Kinder- und Jugendwerk, dessen Geschäftsführerin ich qua Amt bin. Dabei geht es um ganz konkrete Fragen: Wie entwickeln sich unsere Stadt

und die Kitalandschaft? Wo wird gebaut? Wie gestalten wir Telgte für die Zukunft? Am späten Nachmittag wird es im Büro der Bürgermeisterin ruhiger, oder die Gremienrunden mit der Politik beginnen. In kleiner Runde treffe ich mich immer mal wieder mit den Fraktionsvorsitzenden der Ratsparteien, dem sogenannten Ältestenrat, zur Abstimmung. Oft ist der frühe Abend aber auch der Zeitpunkt, um meine Mails zu beantworten, Wirtschaftspläne oder andere wichtige Unterlagen zu lesen und zu unterschreiben.

Dann gibt es natürlich noch die repräsentativen Termine – zum Beispiel bei der Hanse Telgte oder wie jüngst bei einer Versammlung des Hegerings. Diese Begegnungen sind mir besonders wichtig, denn sie zeigen, wie vielfältig das Engagement in unserer Stadt ist. So unterschiedlich die Termine auch sind, sie haben eines gemeinsam: Es geht immer um Telgte und die Menschen, die hier leben und arbeiten. Ge-



Foto: Michael Richter

nau diese Mischung aus Verwaltungsarbeit, Repräsentation, Gremien- und Ratsarbeit mit vielen Entscheidungen und Begegnungen macht für mich den Reiz der Kommunalpolitik aus. Auch wenn der Job viel Zeit in Anspruch nimmt und

mich ordentlich herausfordert: Ich könnte mir nichts Besseres vorstellen, als mich in dieser Form für die Belange unserer Stadt einzusetzen.

Kaja Belweert

Zwischen Leerstand und langfristigem Bedarf

Kita-Bedarfsplanung in Telgte



Symbolbild (KI)

Die aktuelle Kita-Bedarfsplanung für Telgte und Westbevern zeigt, wie anspruchsvoll kommunale Steuerung im Bereich der frühkindlichen Bildung geworden ist. Während in Westbevern das Platzangebot für das Kita-Jahr 2026/27 als auskömmlich gilt, werden im Stadtgebiet Telgte deutliche Leerstände prognostiziert, insbesondere im Ü3-Bereich. Daraus ergeben sich Handlungsspielräume, aber auch Risiken.

Die im Ausschuss für Generationen und Soziales vorgestellten

Maßnahmen wie Gruppenumwandlungen, Platzzahlabsenkungen oder anteilige Belegungen sind aus planerischer Sicht nachvollziehbar. Kritisch hinterfragen möchten wir jedoch, welche Folgen diese Eingriffe für die Qualität der Betreuung und die Beschäftigten haben. Weniger Plätze bedeuten häufig auch weniger Personalstunden – in einer Zeit, in der Fachkräfte ohnehin stark belastet sind. Kurzfristiger Rückbau darf nicht dazu führen, dass qualifiziertes Personal verloren geht, das

mittelfristig wieder dringend gebraucht wird.

Denn der Blick in die Prognosen macht deutlich: Die aktuell erwarteten Leerstände könnten nur vorübergehend sein. Wanderungsgewinne, etwa durch neue Baugebiete wie Telgte-Süd, lassen steigende Kinderzahlen erwarten. Ein zu schneller Abbau von Kapazitäten birgt die Gefahr, später teuer und unter erschwerten Bedingungen gegensteuern zu müssen.

Vor diesem Hintergrund haben wir im Ausschuss für Gene-

rationen und Soziales einen Antrag eingebracht, der einstimmig beschlossen wurde. Vorgesehen ist die Einrichtung eines Arbeitskreises zum Thema „Perspektiven und Möglichkeiten der kommunalen Kita-Bedarfsplanung vor dem Hintergrund rückläufiger Anmeldezahlen“. Die Verwaltung wurde beauftragt, gemeinsam mit relevanten Akteuren auf Basis aktueller und prognostizierter Anmeldezahlen sowie demografischer Entwicklungen Strategien für eine bedarfsgerechte, nachhaltige und

personalstabile Kita-Struktur in Telgte zu erarbeiten.

Dieser Beschluss setzt ein wichtiges Signal: Kita-Bedarfsplanung darf keine reine Reaktion auf Momentaufnahmen sein, sondern muss langfristig gedacht werden – mit dem klaren Ziel, Qualität zu sichern und Fachkräfte in Telgte zu halten.

Britta Sporket

Mariä-Geburts-Markt 2.0

Der Mariä-Geburts-Markt gehört zu Telgte wie die Ems, die Kirmes und der Duft von frischem Backfisch auf der Planwiese. Viele von uns verbinden mit diesem Tag Kindheitserinnerungen, Begegnungen und das Gefühl, dass die ganze Stadt zusammenkommt. Doch in den vergangenen Jahren hat der traditionelle Dienstagstermin immer weniger Publikum angezogen.

Die Besucherzahlen sind stark zurückgegangen – nicht, weil der Markt an Bedeutung verloren hätte, sondern weil der Dienstag als Werktag für viele schlicht unpraktisch ist. Berufstätige, Familien, Pendlerinnen und Pendler: Sie alle können den MGM oft nur eingeschränkt oder gar nicht besuchen. Die Folge ist ein schrumpfender Markt, dessen Zukunft zunehmend infrage steht.

Die geplante Verlegung auf den Sonntag ab 2027 bietet die Chance, den Mariä-Geburts-Markt wieder für alle zugänglich zu machen. Ein

Sonntag bietet Raum für Begegnungen, für Familien, für Gäste aus der Region und für all jene, die den MGM in den letzten Jahren schweren Herzens ausfallen lassen mussten.

Gleichzeitig entsteht ein starkes Gesamtwochenende: Kirmes, verkaufsoffener Sonntag, Reitturnier und Mariä-Geburts-Markt verschmelzen zu einem lebendigen, vielfältigen Angebot, das Telgte als gastfreundliche und aktive Stadt präsentiert.

Besonders wichtig war uns Grünen, dass die Verlegung nicht über die Köpfe der Beteiligten hinweg entschieden wird. Der Reit- und Fahrverein Gustav Rau Westbevern e. V. hat nach intensiven Gesprächen signalisiert, die Veränderung mitzutragen. Da das Reitturnier ein zentraler Bestandteil des Wochenendes ist, wurde gemeinsam nach Lösungen gesucht – mit Erfolg. Die Umsetzung ab 2027 gibt allen Beteiligten die notwendige Planungssicherheit.

Ehe der MGM ein neues Kapitel aufschlägt, wird er 2026 ein letztes Mal am Dienstag stattfinden. Die Wirtschaftsbetriebe haben angekündigt, den Eintritt an diesem Tag einmalig frei zu gestalten – ein schönes Zeichen des Dankes an alle, die den Markt über Jahrzehnte getragen haben.

Die Verlegung des Mariä-Geburts-Marktes ist kein Bruch mit der Tradition. Sie bewahrt sie. Sie stärkt den Markt, statt ihn langsam auslaufen zu lassen. Sie zeigt Telgte als lebendige, zukunftsorientierte Stadt.

Wir Grünen im Ortsverband Telgte unterstützen diese Entscheidung, weil wir überzeugt sind: Der Mariä-Geburts-Markt verdient eine Zukunft, in der die ganze Stadt wieder zusammenkommt.

Stephanie Holtmann



Foto: Marian Husmann

Von Schulangst bis Schulverweigerung

Schulsozialarbeit am Schulzentrum

Im letzten Schulausschuss stellten die drei Schulsozialarbeiter*innen der Sekundarschule und die Schulsozialarbeiterin des Gymnasiums ihren Jahresbericht vor.

„Die Schulsozialarbeit ist ein zentraler Bestandteil des Schullebens. Sie unterstützt Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen und schulischen Entwicklung, bietet Hilfe in Krisensituationen, stärkt soziale Kompetenzen und trägt zu einem positiven, sicheren Schulklima bei. Durch Beratung, Prävention und Vernet-

zung mit weiteren Hilfen fördert sie Chancengerechtigkeit und die Teilhabe aller Schüler*innen am schulischen Leben. Die Arbeit erfolgt vertraulich, ressourcen- und lösungsorientiert. Dazu gehören die Beratung von Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften sowie die Begleitung in individuellen Belastungssituationen. Im Büro der Schulsozialarbeit finden Schüler*innen niedrigschwellig kurzfristige Ansprechpartner*innen, um gemeinsam auf Augenhöhe nach Lösungen zu suchen. Neben der Einzelfallhilfe werden präventive

Projekte und Gruppenangebote zu Themen wie Mobbing, Medien, Gewalt oder sozialem Lernen durchgeführt.

Unsere Arbeit orientiert sich an den Werten, die das Miteinander an unserer Schule prägen: Respekt, Verantwortung, Wertschätzung, Toleranz, Vielfalt, Courage, Engagement und Teamfähigkeit. Diese Werte bilden die Grundlage für ein achtsames Miteinander, ein positives Lern- und Arbeitsklima sowie die Förderung von Chancengleichheit und Teilhabe“, so der Bericht.

Eindrücklich wurde geschildert, wie komplex sich die Schulsozialarbeit darstellt und immer wieder vor neuen Herausforderungen steht. Allein 350 geplante Gespräche mit Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften wurden an der Sekundarschule geführt, nebenbei noch „Tür- und Angelgespräche“.

Die Themen sind an beiden Schulen ähnlich. Es wird von einer Zunahme bei den Themen Cybermobbing, Streitigkeiten, Suizidalität sowie bei familiären Problemen und finanziellen

Schwierigkeiten berichtet. Es geht um Schulangst bis hin zur Schulverweigerung ...

Um der komplexen Arbeit gerecht zu werden, bilden sich die Schulsozialarbeiter*innen regelmäßig weiter und stehen in engem Austausch miteinander und mit einer Vielzahl an Kooperationspartnern.

An dieser Stelle noch einmal ein großer Dank für die gute und wichtige Arbeit!

Sabine Grohnert

Neue Ganztagsräume an der Sekundarschule

Im Herbst hatten die Ausschussmitglieder die Möglichkeit, den in den vergangenen Sommerferien neu umgebauten und neu ausgestatteten Ganztagsbereich der Sekundarschule zu besichtigen. Herr Möller, die Schulsozialarbeiter und Frau Koch-Bocianowski (Projektverantwortliche der Stadt) erläuterten die Maßnahmen und beantworteten die Fragen der Ausschussmitglieder. Es gibt einen Multifunktionsraum, der mit einer Küchenzeile und einem Thekenbereich ausgestattet ist, hier findet unter

anderem das Frühstückprojekt FrüZ statt. Zusätzlich gibt es neben der Ausstattung mit Tischen und Stühlen auch mit Sofas ausgestattete Bereiche. Als Präsentationsmedium ist ein 100-Zoll-Smartfernseher installiert. Der großzügige Raum wird als Aufenthaltsraum für Schülerinnen und Schüler in den Pausen genutzt, als Frühstückssaal für das FrüZ-Projekt, als zusätzlichen Unterrichtsraum für Kleingruppen sowie als Veranstaltungs- und Konferenzraum. Außerdem sind ein weiterer Besprechungsraum,

zwei Lernräume zur Sprachförderung in Kleingruppen und ein Raum für die Berufsvorbereitung neu ausgestattet worden.

Bei aller Freude über die gelungene Umgestaltung zeigte sich noch ein Mangel: Um alle geplanten pädagogischen Möglichkeiten zu nutzen, benötigt der Multifunktionsraum eine portable Trennwand. Hier zeigten sich technische Probleme. Frau Koch-Bocianowski sicherte aber zu, dass an der Lösung gearbeitet wird.

Sabine Grohnert

**Röwekamp
& Stumpe**

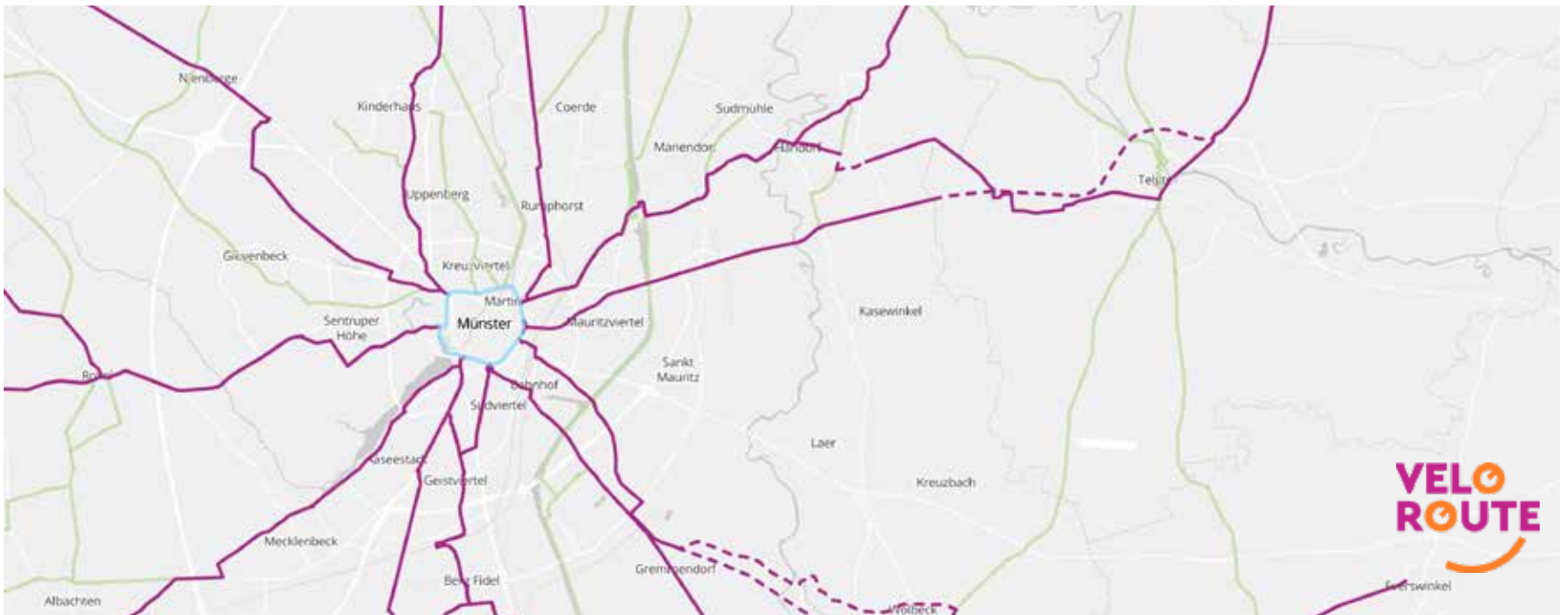
Tischler-Meisterbetrieb
Handel mit ökologischen Baustoffen

Handwerk
Am Raestruper Bahnhof 36 in Telgte

Handel/Ladengeschäft
Warendorfer Straße 38 in Münster

www.roewekamp-stumpe.de

Velorouten: Fortschritte und Herausforderungen



Kartenausschnitt von veloregion.de

Die Veloroute zwischen Telgte und Münster über Handorf ist die erste von insgesamt 14 geplanten Velorouten über Kommunalgrenzen in der Stadtregion Münster. Über eine Strecke von 13,7 km verbindet sie unsere großartige Kleinstadt mit dem Münsteraner Oberzentrum. Besonders toll ist dabei: Es werden weitgehend schon vorhandene Streckenabschnitte befahren, bei denen Radfahrende häufig vor dem motorisierten Verkehr Vorrang haben, sogar bei Ampeln!

Mit den Velorouten zwischen den zwölf Städten und Gemeinden in der Stadtregion Münster sollen die Umlandgemeinden mit den Außenstadtteilen und dem Zentrum Münsters besser

verbunden werden. Die Stadt Telgte hatte ihren Teil der Strecke sehr schnell hergestellt, auch mit einem ganz neuen Abschnitt zwischen Rochus-Hospital und Jägerhaus. Ich fahre die Strecke fast täglich – sehr angenehm ist dabei, nicht neben den Autos auf der B 51 fahren zu müssen. Das ist nämlich vor allem bei Regen und Dunkelheit auf dem Rückweg nach Telgte gegen die Fahrtrichtung der Autos sehr unangenehm. Auf der Veloroute hilft eine gute Radlampe dabei, die viel schönere, ruhigere und vor allem sicherere Strecke auch bei ungünstigem Wetter und Lichtverhältnissen nutzen zu können. Aber ja: Je nachdem, wohin man in Münster will, ist die Strecke länger. Daher nutzen

viele weiterhin die alternative Route neben der Bundesstraße – nun auch mit kleinem Tunnel statt Ampel hinter Handorf, was eine deutliche Verbesserung darstellt.

Ist damit in Sachen Veloroute schon alles erledigt? Nein, eine weitere Streckenführung zwischen Telgte und Ostbevern ist geplant und vom Rat der Stadt Telgte im Juli fast einstimmig unterstützt worden. Auch wurde der Radweg über Haus Langen bis nach Vadrup bereits ertüchtigt und soll bis zum Bahnhof erweitert werden.

Unsere grüne Bewertung dieser Pläne: Ob mit dem Titel Veloroute oder nicht: Wenn Radwege gut ausgebaut und gepflegt für die „Alltagspendelei“

sind, dann werden sie auch genutzt. Daher ist es sinnvoll, das gesamte Radwegenetz in den Blick zu nehmen und hier Lücken zu schließen.

Und die Routen müssen gut zu finden und beschildert sein. Kritisch fragen wir, warum die Velorouten eine andere Kennzeichnung brauchen: Merkmal rechts und links und ein eigenes Logo auf dem Asphalt. Aber wer weiß das denn schon? Warum nicht bei den roten Pfeilen bleiben oder wie alle anderen Radwege ausschildern? Und welche Münsteraner*innen finden den Einstieg in die Veloroute nach Telgte? Dass der Streudiens in der Winterzeit nun auch die

Veloroute zum Jägerhaus berücksichtigt, ist mehr als notwendig.

Unser Wunsch: Liebe Planer*innen, macht es einfach nutzbar für alle, befragt die Pendler*innen nach ihren Wünschen und alltagstauglichen Lösungen. Und ansonsten: Gern weiter so, schon jetzt ist man zur Rush Hour mit dem Rad schneller in Münster als mit dem Auto oder dem Bus. Alle Investitionen in diese Strecken sind günstiger, umwelt- und gesundheitsfördernder als ein Ausbau der B 51. Das ist schon lange klar und wir unterstützen das nach Kräften.

Katja Müller

Das Projekt nimmt Fahrt auf

Ortsdurchfahrt Westbevern

Manch einer wird sich über die Ampel an der Einmündung Mühlenkamp geärgert haben, doch sie zeigt, dass sich endlich etwas an der Verkehrssituation im Dorf bewegt. Die Querungshilfe über die Greverer Straße wird verbreitert und mit taktilen Streifen ausgestattet. Der Radweg vor der neuen Feuerwache ist fast fertig, danach wird der Abschnitt bis Dorfmitte renoviert. Der Ausbau auf der anderen Straßenseite vom Dorfplatz bis Ortsende scheidet bislang noch daran, dass nicht alle nötigen Grundstücksteile zur Verfügung stehen. Der große Wurf – die Umgestaltung der Kreuzung – soll dann im Herbst beginnen. Der Bauausschuss hat den Fortgang der Planungen am 5. Februar 2026 einstimmig

beschlossen.

Kurz zusammengefasst: Die Kreuzung wird aufgeweitet und bekommt eine Linksabbiegespur aus Richtung Vadrup in die Lengericher Straße. Dafür müssen zwei Häuser weichen, an deren Stelle später Wohnungen entstehen sollen. Eine Ampelanlage soll den Verkehr sicherer durch die Kreuzung leiten. Radfahrer*innen aus Richtung Vadrup, die links abbiegen wollen, erhalten eine Aufstellfläche vor der Ampel, so kommen sich Räder und Autos nicht in die Quere.

Aber die Planungen lösen nicht alle Probleme, die in der Bürgerversammlung letztes Jahr zur Sprache kamen. Vor allem die Engstelle in der Lengericher Straße bereitet vielen weiter-

hin Sorgen: Begegnen sich hier zwei LKW oder Linienbusse, müssen sie oft über den Bürgersteig ausweichen. Das geforderte Tempolimit im gesamten Ortskern fehlt ebenso wie ein Durchfahrverbot für Schwerlastverkehr. Hier stößt die Stadt bei der Straßenverkehrsbehörde weiterhin auf Widerstand.

Im Bauausschuss herrschte jedoch Einigkeit: Die Stadt muss sich weiter um diese und andere Probleme kümmern. Wir Grüne haben beantragt, ein Jahr nach Inbetriebnahme eine Evaluierung der Maßnahmen mit Bürgerbeteiligung durchzuführen, um zu prüfen, was gut funktioniert und wo noch nachgebessert werden muss.

Christoph Grünewald



Foto: Anja Weilligmann

Mut zur Lücke

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen und Umland hat die Stadtverwaltung vorgeschlagen, die Erarbeitung eines Baulandkatasters voranzubringen. Die Grünen unterstützen dieses Vorhaben.

Wir glauben, dass ein solches Kataster, das auch auf der städtischen Homepage veröffentlicht werden soll, einerseits Bauwilligen anzeigt, wo noch erschlossene Baugrundstücke in der Stadt liegen. Andererseits hilft es der Stadtverwaltung bei ihren vielfältigen Aufgaben. In der Vorlage steht dazu: „Das Baulandkataster dient der Verwaltung als Informationsgrundlage bei der Aufstellung

von Bebauungsplänen sowie für Entwicklungskonzepte. Darüber hinaus kann es von Bürger*innen, Eigentümer*innen, Bauwilligen oder Architekt*innen genutzt werden. Auf Grundlage verschiedener Typen werden die Baulücken weiter qualifiziert, um Baulandpotenziale schneller bestimmen zu können. Über das Baulandkataster werden jedoch keine Aussagen zur Marktverfügbarkeit der Baulücken getroffen; dies obliegt den Eigentümerinnen und Eigentümern. Informationen über die Eigentümerschaft werden nicht veröffentlicht.“

Udo Woltering

DAS KOMPLETTE VIDEO IST AUF UNSEREN SOCIAL-MEDIA-KANÄLEN ZU FINDEN!



Dichte Verdichtung

Auf dem Gelände der alten Feuerwache in der Altstadt plant die Volksbank im Münsterland schon seit Jahren die Errichtung vieler Wohnungen und einige Gewerbeflächen. Da vor einiger Zeit die Volksbank ein weiteres Haus dazukaufen konnte, hat sich das Bauvolumen noch einmal vergrößert. Im September 2025 wurde das neue Baukonzept im Planungsausschuss vorgestellt. Die Grünen haben den bisherigen Entwurf, der aus einem Architekturwettbewerb hervorgegangen ist, mitgetragen. Auch die Erweiterungsplanung entlang der Königsstraße, die mittlerweile vorgestellt wurde, findet unsere Unterstützung. Allerdings will die Volksbank jetzt das Grundstück noch weiter ausnutzen und in den Innenbereich ein zusätzliches Gebäude mit vier Wohnungen setzen. Grundsätzlich stehen wir der Nachverdichtung positiv gegenüber. In diesem Fall geht es uns jedoch zu weit. Eine Grundidee der Bebauung in der Innenstadt westlich der Königsstraße ist, dass an den Straßenrändern bebaut wird und die Innenhöfe möglichst frei von Bebauung bleiben. Dies entspricht dem kleinstädtischen Gefüge, und die offenen Innenräume haben viel mit der Wohnqualität in der Altstadt zu tun. Viele Bürgerinnen und Bürger sehen aktuell schon kritisch auf die neue enge Bebauung an der Kornbrennerei.

Die Bebauung auf dem alten Feuerwehrgelände durch die Volksbank wird ebenfalls sehr massiv. Mit einem Verzicht der Innenverdichtung gäbe es Raum für eine multifunktional nutzbare begrünte Fläche – für eine lebendige Nachbarschaft im Gebäudekomplex.

Udo Woltering

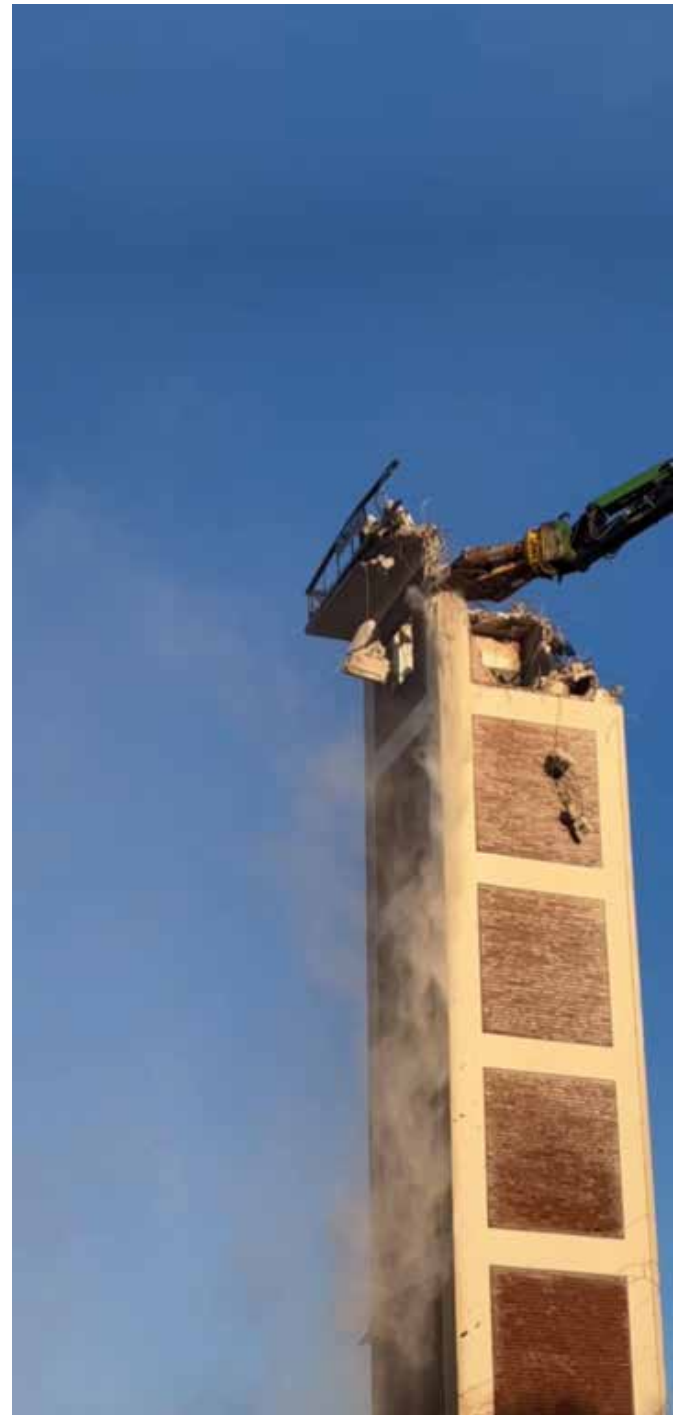


Foto: Fritz Adriaans

Zwischen Vereinfachung und Wildwuchs

Der Bauturbo

Die Bundesregierung hat bereits im letzten Jahr den Bauturbo „scharf gestellt“. Durch den Bauturbo sollen die Verfahren für den Bau von Wohngebäuden vereinfacht werden. Mit dem neuen Gesetz können die Anwendung oder die Verfahren zur Änderung von Bebauungsplänen ersetzt werden, auch wenn sie die Grundzüge der Planung betreffen. Auch in Bereichen, wo bisher keine Bebauung möglich war, beispielsweise in der zweiten Reihe, soll dies jetzt ermöglicht werden. Alle Anträge werden im Rahmen von Einzelfallentscheidungen vom Rat entschieden.

Eine Bürgerbeteiligung findet nicht mehr statt. Der Rat muss innerhalb von drei Monaten über den Bauantrag abgestimmt haben, ansonsten ist der Antrag bewilligt.

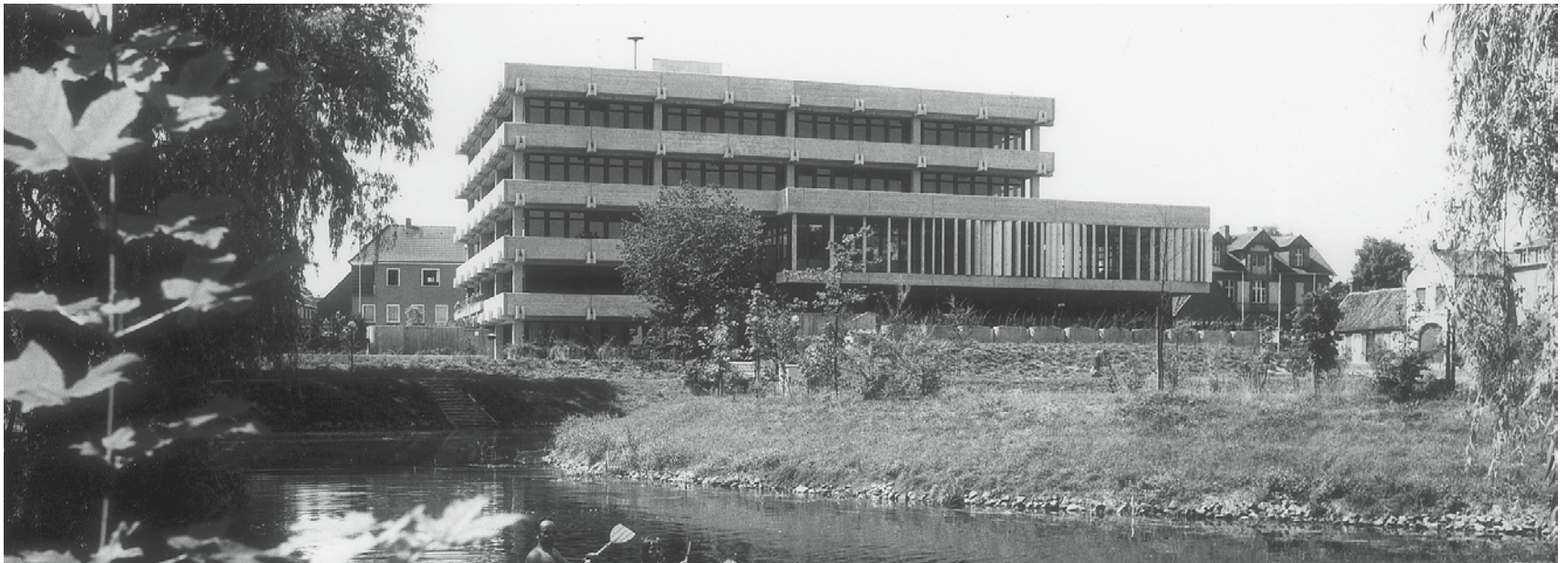
Die Grünen beurteilen die neuen Möglichkeiten zwiespältig. Einerseits kann der Bauturbo helfen, zum Beispiel eine Nachverdichtung zu ermöglichen, wo es bisher schwierig war. Andererseits lehnen wir ab, Bebauungspläne, die mit entsprechender Bürgerbeteiligung aufgestellt wurden, jetzt mal eben – ohne Bürgerbe-

teilung – allein durch einen Ratsbeschluss zu ändern. Und das insbesondere, wenn es die Grundzüge der Bebauung (z. B. die Geschossigkeit) betrifft.

Viele Städte geben sich inzwischen Leitlinien für den Umgang mit dem Bauturbo. Deshalb hat jetzt auch die Telgter Bauverwaltung den Auftrag, dem Rat eine solche Leitlinie zur Beschlussfassung vorzulegen.

Udo Woltering

Sanierung oder Abriss



Quelle: KAW. S 05 Telgte

Unser Rathaus ist über 50 Jahre alt, denkmalgeschützt und schlichtweg in einem Zustand, der ein „Weiter so“ nicht mehr zulässt. Brandschutzmängel, völlig veraltete Technik und Schadstoffe stellen uns vor große Herausforderungen. Gleichzeitig geht es um viel Geld, um Klimaschutz und um ein wichtiges Stück Telgter Stadtgeschichte.

Viele technische Anlagen haben das Ende ihrer Lebensdauer erreicht. Schadstoffe wie PCB, Formaldehyd und Asbest sind nachgewiesen, zwar noch im Grenzbereich, aber stellenweise deutlich messbar. Jede Verzögerung erhöht Risiken, Haftung und langfristige Kosten. Nicht zu handeln ist keine Option.

Bei der Frage Sanierung oder Abriss geht es nicht nur um Baukosten. Entscheidend ist der gesamte Lebensweg des

Gebäudes: Bau, Energieverbrauch, Instandhaltung und späterer Rückbau. Erste Schätzungen zeigen: Eine Sanierung liegt – inklusive notwendiger Übergangslösungen – unter den überschlägig ermittelten Kosten eines Neubaus auf der grünen Wiese. Ein Abriss im Vorfeld eines Neubaus würde zusätzlich hohe Kosten für Rückbau, Schadstoffentsorgung und erhebliche CO₂-Emissionen freisetzen.

Das Rathaus ist außerdem ein wichtiges Zeugnis der Nachkriegsmoderne. Denkmalpflege bedeutet dabei nicht Stillstand. Ziel ist es, Sicherheit, Nutzung und Energieeinsparung mit dem Erhalt des Gebäudes zusammenzudenken. Reversible und behutsame Maßnahmen können dabei neue Spielräume eröffnen.

Jetzt geht es nicht um Abriss oder Neubau, sondern um eine solide Entscheidungsgrundlage und Besonnenheit unter Handlungsdruck:

- Mitarbeitende einbinden, die täglich im Gebäude arbeiten
- Bürgerinnen und Bürger transparent informieren und beteiligen
- Gezielte Schadstoffuntersuchungen und Probesanierungen durchführen
- Varianten über den gesamten Lebenszyklus vergleichen – inklusive CO₂-Bilanz
- Eng mit der Denkmalpflege zusammenarbeiten

Auch Fragen der zukünftigen Arbeitsweise der Verwaltung und einer klimafreundlichen Energieversorgung gehören dazu.

Entscheidungen dieser Tragweite brauchen Sorgfalt: Zeit,

Fakten und einen ernst gemeinten Dialog. Durch Probesanierungen, Beteiligung, eine nachvollziehbare Ökobilanzierung und einen transparenten Variantenvergleich schaffen wir die Voraussetzungen, Sanierung und Abriss/Neubau auf einer verlässlichen Grundlage abzuwägen. So entsteht eine Lösung,

die auf breiten Konsens setzt, wirtschaftlich verantwortbar ist, das Klima schützt und der besonderen Bedeutung unseres Rathauses gerecht wird – für Telgte heute und für die kommenden Generationen.

Carsten Johannsen

WAS IST EINE ÖKOBILANZIERUNG?

Eine Ökobilanzierung erfasst die CO₂-Emissionen eines Gebäudes über seinen gesamten Lebenszyklus: von der Herstellung bei Neubaumaßnahmen über Betrieb und Bauteilerneuerung bis zum Rückbau. Im Variantenvergleich zeigt sie, ob Sanierung oder Neubau langfristig klimafreundlicher ist und unterstützt über den gesamten Planungszeitraum die Bewertung unterschiedlicher Lösungen.

Umweltverträglichkeit und öffentliche Beteiligung

Leitlinien für den Ausbau von Freiflächen-PV-Anlagen

In seiner Sitzung vom 8. Juli 2025 hat der Rat der Stadt Telgte Leitlinien für den Ausbau von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FF-Anlagen) im Stadtgebiet verabschiedet.

Die Leitlinien schaffen einen verbindlichen Rahmen, der ökologische Standards, transparente Beteiligung und langfristige Verantwortung sicherstellt. Sie sollen sicherstellen, dass PV-Freiflächenanlagen in Telgte umweltverträglich, sozial akzeptiert und rechtlich sauber umgesetzt werden. Die Leitlinien umfassen sechs zentrale Themenfelder:

1. Priorität geeigneter Standorte

Zur Nutzung durch PV-FF-An-

lagen sollen vorzugsweise Flächen genutzt werden, die in der direkten Umgebung von Autobahnen und Schienenwegen liegen oder sogenannten Konversionsflächen, also Flächen, die in besonderer Weise belastet sind (z. B. Deponieflächen oder Militärstandorte)

2. Naturschutzfachliche Optimierung und Biodiversität

Durch geeignete, verbindliche Kriterien wie Begrenzung der Bauhöhe, durchlässige Einzäunung, Randeingrünung, Mindestfreiflächenanteile oder ökologische Pflege sollen Natur und Landschaft bestmöglich geschützt werden. Zusätzlich werden freiwillige biodiversitätsfördernde Maßnahmen

empfohlen, etwa Blühstreifen, Freiflächeninseln oder ökologische Baubegleitung.

3. Beteiligung der Öffentlichkeit und Nachbarschaft

Da PV-Anlagen das Wohnumfeld sichtbar verändern, sollen Anwohner*innen frühzeitig einbezogen werden, und zwar über die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung hinaus. Hierzu werden Informations- und Erörterungsveranstaltungen durchgeführt, zu denen angrenzende Anlieger*innen schriftlich eingeladen werden. Ziel ist es, Konflikte früh zu erkennen und Akzeptanz zu erhöhen.

4. Finanzielle Beteiligung lokaler Akteure

Zwar ist eine verpflichtende finanzielle Beteiligung der Kommune oder Bürger*innen wie bei der Windkraftnutzung rechtlich (noch) nicht zulässig, aber freiwillige Beteiligungsmodelle können als Absichtserklärung in den Vertrag aufgenommen werden.

5. Unterstützung von Agri-Photovoltaik

Agri-PV, also die gleichzeitige Nutzung der Fläche für Landwirtschaft und Solarstromerzeugung, wird ausdrücklich begrüßt, da sie Landwirtschaft und Energieerzeugung kombiniert und Flächenkonflikte entschärfen kann. In günstigen Fällen können sich die Solarmodule sogar positiv auf die Pflanzen

(Schatten, Wetterschutz) auswirken.

6. Rückbauverpflichtung nach Betriebsende

Nach etwa 30 Jahren Betriebsdauer muss der Vorhabenträger die Anlage vollständig zurückbauen. Eine Rückbaubürgschaft dient dabei als finanzielle Absicherung.

Diese Leitlinien werden bereits auf das Projekt der PV-FF-Anlage in der Wüste angewandt.

Peter Spieker

Solarpark Wöste - Update

Mit großer Mehrheit – bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung – wurde in der Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen und Umland die Durchführung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes zur Errichtung des „Solarpark Wöste“ beschlossen. Mit dem Solarpark wird Telgte einen weiteren großen Schritt zur Klimaneutralität machen. Insbesondere im Sektor der Stromerzeugung wäre unsere Stadt nach der Umsetzung des Vorhabens bereits in der Lage, den in Telgte benötigten Strom selbst zu erzeugen. Die mit dem Solarpark ebenfalls geplante Akkustation hilft dabei, die erzeugte Strommenge auch bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen. Gegen den Solarpark gab

es viele Vorbehalte: So wurde der Verlust an Ackerfläche beklagt, die Gefährdung bedrohter Arten befürchtet, die Verschandlung des Landschaftsbildes, insbesondere der „Münsterländer Parklandschaft“ angeprangert und – nicht zuletzt – negative Auswirkungen für die Anlieger*innen geltend gemacht. In umfangreichen Stellungnahmen konnten die geäußerten Vorbehalte weitestgehend ausgeräumt werden, was die fast einstimmige Beschlusslage im Ausschuss erklärt. Besonders eindrucksvoll ist die Energiebilanz einer Flächen-PV-Anlage im Vergleich zu einer Biogasanlage, die mit Mais betrieben wird: So kann von einer 30- bis 50-fachen Energieausbeute einer PV-Anlage

gegenüber einer Biogasanlage ausgegangen werden. Auch in ökologischer Hinsicht kann die Flächen-PV-Anlage gegenüber einem Maisfeld punkten. So gilt ein Maisfeld als eine der artenärmsten landwirtschaftlichen Nutzungen. Eine naturnahe Bewirtschaftung einer Flächen-PV-Anlage hat dagegen einen ähnlichen ökologischen Wert wie extensives Grünland. Der Solarpark genügt in fast allen Punkten den bereits verabschiedeten „Leitlinien für eine verträgliche Nutzung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen in Telgte“. Nur eine Umsetzung als AgriPV-Anlage wurde leider bislang abgelehnt.

Peter Spieker



Ansicht West © 2025 ON Energy GmbH

Repowering: Turbo für die Energiewende

Austausch alter Windenergieanlagen im Windpark „Bester Feld“



Bild der KWAs in Bester Feld Foto: Peter Spieker

In der Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen und Umland vom 2. Dezember 2025 wurde ein Projekt zum Austausch von vier älteren Windenergieanlagen durch drei neuere, wesentlich leistungsstärkere Anlagen vorgestellt (Repowering).

Durch einen solchen Austausch steigt die Stromproduktion massiv, ohne dass neue Flächen in Anspruch genommen werden. Bestehende Standorte,

Wege und Netzanbindungen werden weitergenutzt, was Eingriffe in Natur und Landschaft minimiert. Gleichzeitig profitieren Kommunen und Anwohner*innen von höheren Erträgen und erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten. Repowering ist damit einer der effizientesten Wege, die Energiewende vor Ort voranzubringen.

Besonders beeindruckend ist ein direkter Vergleich der alten

und neuen Anlagen.

Das Repowering bedeutet somit eine massive Effizienzsteigerung (fast 10x mehr Leistung pro Anlage) und damit eine deutlich höhere Stromproduktion bei weniger Anlagen und Vermeidung neuer Flächenkonflikte. Die jährlichen Zahlungen gemäß § 6 EEG (Erneuerbare-Energie-Gesetz) an die Stadt Telgte betragen rund 68.400 Euro, hinzukommen 99 Prozent

der zu entrichtenden Gewerbesteuer.

Zurzeit befindet sich das Projekt in der Genehmigungsphase, Baubeginn soll 2028 sein, Inbetriebnahme 2029.

Mit diesen weiteren Anlagen zur Erzeugung regenerativer elektrischer Energie stellt sich Telgte den Herausforderungen eines zukünftig weiter wachsenden Strombedarfs aufgrund einer immer stärkeren Elekt-

rifizierung in den Bereichen Verkehr und Wärmeerzeugung.

Peter Spieker

Das EEG kann hier eingesehen werden:
https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/index.html

Merkmal	Bestehende Anlagen	Geplante Anlagen
Typ	Enercon E-53	Enercon E-175 EP5
Leistung	0,8 MW	7,0 MW
Rotordurchmesser	53 m	175 m
Nabenhöhe	ca. 75-100 m	132 m
Gesamthöhe	ca. 100-125 m	ca. 220 m
Anzahl	4	3



Die Gaststätte mit großem Biergarten direkt am Emsauenweg!

Kaminzimmer bis 30 Personen

Mi.-Fr. ab 17.00 Uhr
 Sa.-So. ab 15.00 Uhr
 Montag + Dienstag Ruhetag

Im wilden Mann
 Inh. Fam. Brandes
 Emsstraße 25 – Tel. 0 25 04/66 00
 oder 01 71/692 34 90

Der nächste Bremsklotz für die Energiewende

GASTBEITRAG :)

Katherina Reiche Pläne für ein neues EEG



Foto: Meike Kenn

In den vergangenen Jahren hat der Ausbau der Erneuerbaren Energien kräftig an Fahrt aufgenommen. Mit den im Februar 2026 bekannt gewordenen Plänen zur Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes will Bundesministerin Katherina Reiche diese Entwicklung gezielt torpedieren. Besonders die Möglichkeiten für Bürger*innen, sich an der Energiewende zu beteiligen, sowie der Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Dächern drohen durch die geplanten Änderungen deutlich ausgebremst zu werden.

Dieses Papier gibt einen ersten kurzen Ausblick, was Katherina

Reiche mit ihren Plänen verfolgt und welche Konsequenzen das für die Zukunft der Erneuerbaren Energien in Deutschland haben könnte:

Reiche macht ihre Ankündigungen aus dem vergangenen Jahr wahr: Sie will die feste Einspeisevergütung ersatzlos aus dem EEG rausstreichen. Damit würde der bislang zugesicherte Preis pro Kilowattstunde, den jede*r für selbst erzeugten erneuerbaren Strom bei Einspeisung ins öffentliche Stromnetz erhalten hat, wegfallen – jener zentrale Mechanismus, der Bürger*innen seit Jahren die Sicherheit gab, in eine eigene Photo-

voltaikanlage zu investieren und sich aktiv an der Energiewende zu beteiligen. Mit diesem Schritt entzieht Reiche dem Engagement vieler Bürger*innen für erneuerbaren Strom die wirtschaftliche Grundlage.

Nach Reiches Plänen sollen Anlagen bis 25 Kilowatt installierter Leistung künftig überhaupt keine Förderung mehr erhalten. Für Anlagen über 25 Kilowatt, die nicht an einer Ausschreibung teilnehmen, ist nur noch ein einheitlicher, größenunabhängiger Fördersatz vorgesehen. Dies senkt die Planungssicherheit und macht es zunehmend schwieriger, das wirtschaftliche Risiko einzuschätzen. So werden Investitionen in Erneuerbare Energien nicht mehr als Chance wahrgenommen und gezielt maximal kompliziert, sodass viele Menschen sich künftig zurückhalten werden – ein Rückschlag für den dringend nötigen Ausbau der Photovoltaik.

Kleinere PV-Anlagen sollen nach den Plänen von Katherina Reiche einer Kappung ihrer Einspeisespitzen um 50 Prozent unterliegen. Das bedeutet, dass Anlagen nur noch die Hälfte ihres möglichen produzierten Stroms in das öffentliche Netz einspeisen bzw. verkaufen dürfen. Damit nimmt man insbesondere engagierten Bürger*innen nochmals mehr die Möglichkeit der Teilhabe weg.

Die Direktvermarktung soll deutlich ausgeweitet werden. Künftig müssten also auch kleinere Anlagen ihren Strom eigenständig vermarkten.

Problematisch ist dabei, dass sich die Vermarktung geringer Strommengen bislang wegen der hohen Kosten und Bürokratie für Vermarkter kaum lohnt und deshalb bisher kein wirklicher Markt dafür existiert. Hinzu kommt, dass die notwendige digitale Infrastruktur für eine flächendeckende Direktvermarktung noch längst nicht bereitsteht. Durch diese Kombination aus wirtschaftlichen, bürokratischen und technischen Hürden droht die neue Regelung zum Flaschenhals des PV-Ausbaus zu werden.

Alle Anlagen ab 100 Kilowatt installierter Leistung – mit Ausnahme der Bioenergie – sollen künftig über sogenannte Differenzverträge gefördert werden. Diese ermöglichen es dem Staat, in Zeiten besonders hoher Strompreise Gewinne bei Betreiberinnen und Betreibern von Anlagen abzuschöpfen. Damit würde die Bundesregierung eine längst überfällige Vorgabe der Europäischen Union, die entscheidend für die beihilferechtliche Genehmigung des aktuellen EEG durch die EU-Kommission ist, erfüllen. Ohne diese Anpassung stünde die Genehmigung des EEG auf dem Spiel.

Für die Bioenergie sollen für den Zeitraum ab 2027 auch die Ausschreibungsmengen erhöht, die Anschlussförderung für Kleingülleanlagen verlängert und der sogenannte Maisdeckel angepasst werden. Bioenergie hat den großen Vorteil, dass sie flexibel einsetzbar ist und immer dann Strom liefern kann, wenn

Wind- und Solaranlagen zu wenig erzeugen. Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass Biomasse ein kostbares Gut ist. Angesichts der aktuellen Pläne der Bundesregierung, Biomasse in großem Umfang im Wärme-, Verkehrs- und Energiesektor einzusetzen, drängt sich die Frage auf, ob diese Strategie tatsächlich realistisch durchdacht ist – oder ob hier Luftschlösser im Namen des Klimaschutzes entstehen, die später teuer zu stehen kommen könnten.

Die Bundesregierung hält weiterhin am Ziel fest, bis 2030 einen Anteil von mindestens 80 Prozent Erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch zu erreichen. Gleichzeitig streicht sie jedoch den sogenannten Strommengenpfad – jenen Fahrplan, der vorgibt, wie viel Strom aus Erneuerbaren in den einzelnen Jahren gewonnen werden sollte, um auf Zielkurs zu bleiben. Mit seinem Wegfall entfällt ein zentrales Kontrollinstrument der Energiewende und damit die Möglichkeit, rechtzeitig gegenzusteuern, falls das Tempo beim Ausbau nachlässt.

Katrin Uhlig
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Für weitere und ausführlichere Informationen zu diesem Gesetz kontaktiert gerne mein Büro unter:
katrin.uhlig@bundestag.de

Tax the Rich – Ein neuer Anlauf für mehr Gerechtigkeit

Ein neuer Anlauf für mehr Gerechtigkeit

Die Diskussion über eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer hat in den vergangenen Monaten zunehmend an Dynamik gewonnen. Hintergrund ist die weiter wachsende Ungleichverteilung des Vermögens in Deutschland: Das reichste ein Prozent besitzt – je nach Quelle – rund ein Drittel, die reichsten zehn Prozent etwa zwei Drittel des Gesamtvermögens. Damit zählt Deutschland in der Europäischen Union zu den Ländern mit der größten Ungleichheit.

Der Großteil der Vermögen wurde dabei nicht erarbeitet, sondern ererbt – bei den besonders großen Vermögen sind es sogar siebzig Prozent! Damit haben wir in Deutschland inzwischen wieder Verhältnisse

wie im neunzehnten Jahrhundert, wo die Geburt und nicht die persönliche Leistung maßgeblich für den Wohlstand einer Person ist.

Ohne eine Vermögenssteuer und mit einer Erbschaftsteuer, die in der gegenwärtigen Form große Vermögen häufig nur gering belastet, wird sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren weiter verstärken und sie wird damit zu einer wachsenden Gefahr für unsere Demokratie.

Eine Vermögenssteuer sowie eine Reform der Erbschaftsteuer könnten zusammen jährliche Mehreinnahmen von über neunzig Milliarden Euro erzielen (Vermögenssteuer ca. 85 Mrd. €, Erbschaftsteuer ca. +7 Mrd. €). Betroffen wären da-

bei ausschließlich die reichsten fünf Prozent der Bevölkerung. Demgegenüber stehen etwa Einsparungen durch die beschlossene Reform des Bürgergeldes von bestenfalls rund 0,7 Mrd. € pro Jahr – ein deutliches Missverhältnis.

Gerade für Kommunen, die seit Jahren steigende Ausgaben schultern und deren Belastungen durch Bund und Länder nur unzureichend ausgeglichen werden, könnten zusätzliche Einnahmen aus einer gerechteren Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung eine spürbare Entlastung bedeuten. Der wohlhabendste Teil der Bevölkerung würde dadurch nicht verarmen, sondern lediglich weniger schnell als bisher noch reicher werden.

SPD, Grüne und Linke haben entsprechende Vorschläge inzwischen wieder auf die politische Agenda gesetzt. Ob daraus konkrete Reformen entstehen,

bleibt abzuwarten – aber die Debatte ist gestartet, und sie wird an Bedeutung gewinnen.

Peter Spieker

N

Innenausbau
Bau- und
Möbeltischlerei

Andreas Fiege

Beratung • Planung • Fertigung • Montage

<ul style="list-style-type: none"> N Exklusiver Innenausbau N Einbaumöbel N Fenster und Türen N Massivholzmöbel 	<ul style="list-style-type: none"> N Küchen- und Badmöbel N Schiebetürsysteme N Restaurierung N Sonderanfertigungen
---	---

Verth 5 • 48291 Telgte
☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89

Das umstrittene Handelsabkommen Mercosur

Warum die Grünen im EU-Parlament für die rechtliche Überprüfung des Mercosur-Abkommens gestimmt haben

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur-Block (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) ist eines der umstrittensten Vorhaben der europäischen Handelspolitik. Dennoch: Dieses Abkommen kann eine Chance sein für mehr Marktzugang und geopolitische Partnerschaften. In Zeiten, in denen sich Autokraten wieder den Erdball aufteilen, müssen wir unseren mächtigsten Trumpf spielen: Europa ist eine Wirtschaftsmacht.

Umso wichtiger ist es aber, dass Handelsabkommen die ökologischen und sozialen Standards nicht ignorieren und somit zukunftssicher und generationengerecht gestaltet werden.

Klimaschutz und Regenwaldzerstörung sind die zentralen Argumente, warum die Grünen das Mercosur-Abkommen einer rechtlichen Prüfung unterziehen möchten.

Das Abkommen würde den Handel mit Agrarprodukten wie Rindfleisch, Soja und Ethanol massiv ausweiten und damit die Abholzung des Amazonas-Regenwaldes beschleunigen. Die Klimabilanz wäre katastrophal.

Das Mercosur-Abkommen enthält keine sanktionsbewehrten Klimaschutzklauseln. Zwar gibt es eine Nachhaltigkeitsklärung, doch diese ist rechtlich nicht bindend und kann von den Mercosur-Staaten ignoriert werden. Die Grünen kritisie-

ren, dass das Abkommen keine Verpflichtung zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens enthält. Dies ist vor allem deswegen problematisch, weil Brasilien bereits unter Präsident Jair Bolsonaro (2019-2022) die Umweltbehörden systematisch

Rechte von indigenen Gemeinden und Kleinbauern, die oft von Landverdrängung und Umweltzerstörung betroffen sind. Zudem gibt es keine verbindlichen Regelungen zur Einhaltung von Arbeitsstandards, was die Ausbeutung von Arbeitskräften

All diese Argumente haben dazu geführt, dass die Grünen im Europaparlament am 21.01.2026 mit knapper Mehrheit dafür gestimmt haben, dass das Mercosur-Abkommen dem Europäischen Gerichtshof zur rechtlichen Überprüfung

Gerichtshof. Gerade in einer Zeit globaler Umbrüche bauen wir verlässliche Partnerschaften auf, stärken Europas Handlungsfähigkeit und machen uns strategisch unabhängiger von den USA und China.

Die jüngste Abstimmung im Europäischen Parlament richtete sich nicht gegen das Abkommen selbst, sondern forderte eine rechtliche Prüfung durch den Europäischen Gerichtshof. Welche Mehrheiten sich für diesen fraktionsübergreifenden Antrag zur Überweisung an den EuGH bilden würden, war wegen des zerklüfteten Abstimmungsverhaltens bei den Fraktionen der EVP (Konservative), S&D (Sozialdemokrat*innen) und RE (Liberale) im Vorfeld nicht absehbar. Letztendlich haben neben den Linken, den Rechten und der Mehrheit der grünen Fraktion auch Konservative, Sozialdemokrat*innen, Liberale und Rechtsextreme für die rechtliche Überprüfung des Abkommens gestimmt.

Fazit: Die Abstimmung der Grünen im EU-Parlament ist eine klare Position für den Klimaschutz, die Menschenrechte und eine nachhaltige Handelspolitik. Es ist an der Zeit, dass die EU ihre Handelspolitik an den drängenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ausrichtet und nicht an veralteten Freihandelsdoktrinen festhält.

Anja Nietzsche



Foto: Getty Images

geschwächt und die Abholzung gefördert hat. Unter dem amtierenden Präsidenten Lula da Silva gibt es zwar Fortschritte, aber auch keine Garantien für langfristigen Schutz.

Neben den ökologischen Bedenken gibt es auch soziale und demokratiepolitische Gründe, warum die Grünen das Mercosur-Abkommen kritisch sehen. Das Abkommen gefährdet die

ten in den Mercosur-Ländern begünstigen könnte.

Die Grünen setzen sich für eine Handelspolitik ein, die die Rechte von Arbeitnehmern und indigenen Gemeinschaften schützt und die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards garantiert. Das Mercosur-Abkommen enthält diese Kriterien nicht in dem Maße, wie es das EU-Recht garantiert.

vorgelegt wird. Es soll geprüft werden, ob Teile des Vertrages mit den EU-Verträgen vereinbar sind. Aus geopolitischen wie wirtschaftlichen Gründen ist es richtig und notwendig, das Abkommen der EU mit den Mercosur-Staaten in Kraft zu setzen. Die vorläufige Umsetzung kann sofort beginnen – trotz der laufenden Überprüfung durch den Europäischen

Wertschätzung und Aufbruch



v.l.n.r.: Rainer Bergmann, Fritz Adriaans, Bettine Schmitte, Valerie Kelling, Stephanie Holtmann, Peter Spieker, Markus Keppeler, Anja Weilligmann, Anja Nietzsche, Rosalie Krummel Ortiz (es fehlt: Tatjana Scharfe) Foto: Anja Weilligmann

Gemeinschaft, Dankbarkeit und frischer Wind prägten die Mitgliederversammlung der Grünen Telgte am 21. Januar 2026 im Knickenberghaus. Mit einem Rückblick auf ein

historisches Jahr und der Wahl eines neuen Vorstands startete der Ortsverband motiviert in die Zukunft.

Bürgermeisterin Katja Behrendt blickte in ihrer Rede auf

ein außergewöhnliches Jahr zurück: Bei der Kommunalwahl 2025 erreichten die Grünen in Telgte mit 38,7 Prozent das beste grüne Ergebnis in ganz NRW und stellten erstmals eine weibliche Bürgermeisterin. „Diese intensive Zeit hat uns unglaublich zusammengeschweißt“, betonte Katja Behrendt. Doch nicht nur die Erfolge, sondern auch die gemeinsame Arbeit und der Zusammenhalt standen im Mittelpunkt der Versammlung.

Bei der Vorstandswahl gab es einen Wechsel an der Spitze: Katja Behrendt und Tatjana Scharfe übergaben ihre Sprecherinnenämter an Anja Weilligmann und Stephanie Holtmann, die den Ortsverband nun gemeinsam führen. Peter Spieker wurde als Kassierer bestätigt. In den erweiterten Vorstand zogen außerdem Anja Nietzsche, Rosalie Krummel Ortiz, Rainer Bergmann, Markus Keppeler und Tatjana Scharfe neu ein,

während Bettina Schmitte, Valerie Kelling und Fritz Adriaans wiedergewählt wurden.

„Ihr habt Großartiges geleistet – dafür danken wir dem bisherigen Team von Herzen“, so die neuen Sprecherinnen. „Jetzt freuen wir uns darauf, gemeinsam viele neue Ideen umzusetzen und unsere grüne Politik für Telgte weiter voranzubringen.“

Zum Abschluss der Versamm-

lung ehrte der Ortsverband langjährige Mitglieder für ihr Engagement. Mit einem starken Team und viel Tatendrang blicken die Grünen Telgte nun optimistisch in die Zukunft – für eine lebenswerte, klimagerechte und solidarische Stadt.

Stephanie Holtmann

ohne
DIE WOHL
SPARSAMSTEN
REINIGUNGSMITTEL DER WELT
STAMMEN AUS
TELGTE

... erfahre mehr auf www.ooohne.de
ooohne gibt's bei KULT und 2Heaven

SAUBERE SACHE!

UNESCO-Kulturerbe „Streuobstwiese“

Gelbes Band

Ende November letzten Jahres erschien im Telgter Lokalteil der Westfälischen Nachrichten ein Artikel unter der Rubrik „Lokal-Impuls“. Die lokale Zeitung veröffentlicht in dieser Rubrik seit einiger Zeit Themen aus der Stadtgesellschaft, eigentlich redaktionell aufgearbeitet. Die Presse möchte zur Kontroverse anregen. Zentrale Aussage des Artikels war die Kritik, dass auf einer städtischen Ausgleichsfläche reifes Obst ungenutzt „verammelt“ würde.

Die daraufhin von den WN angesprochene Grünflächeningenieurin und Amtsleiterin des Grünflächenamtes der Stadt Telgte, Kristine Herkströter, teilte diesen Vorwurf nicht und antwortete darauf fachlich umfassend und aufklärend. Dennoch scheint es die Bürgerinnen und Bürger zu beschäftigen, wie ein weiterer Leserbrief vermuten lässt. Der Autor stellte dort sogar den Wert als Naturschutzfläche infrage. Deshalb möchte ich als Pächterin der Wiese und damit als Verantwortliche ein paar wichtige Informationen „loswerden“, weil mich dieser Vorwurf natürlich nicht kalt lässt.

Eine der Fragen der Initiatorin des Impulsartikels war, weshalb die Bäume keine gelben Bänder erhalten hätten: Kristine Herkströter erklärt, dass dies immer die Entscheidung der Eigentümer*in sei, in diesem Fall meine Entscheidung als Pächterin. In einem weiteren Leserbrief erläuterte unter anderem Matthias Paschedag, dass aufgrund schlechter Erfahrungen unter Streuobstwiesenbesitzer*innen das Freigeben der Obstbäume zur „Selbstbedienung“ durch gelbe Bänder schon lange eine umstrittene Praxis sei. Zu häufig werden die Früchte nicht achtsam genug gepflückt. Mehr noch, es werden ganze Äste abgerissen und gerade ältere Bäume reagieren auf Verletzungen sehr empfindlich, werden krank durch Pilzbefall und verlieren oft die Stabilität ihrer Kronenstruktur. Ein frühzeitiges Absterben der Bäume ist häufig die Folge.

Im letzten Spätsommer nun habe ich über viele Wochen kistenweise frische Äpfel an den Weg nahe des Schildes an der Wiese gestellt und regelmäßig wieder aufgefüllt. Zahlreiche Spaziergänger*innen freuten sich und griffen gern zu, bis ... ja, bis einige Wochen später irgendjemand ganz Schlaue sämtliche Behälter einfach mitnahm. Schade. Tatsache ist auch, dass die Ernte im vergangenen Jahr besonders üppig ausfiel. Als „Ernte-Anfängerin“

war ich organisatorisch noch nicht fit genug. Ich arbeite daran und sehe durchaus viel Potenzial, das gesunde Obst für viele erwerbbar zu machen. Zum Beispiel könnte während der kommenden Ernte-Saison 2026 ein fester Wiesen-Nachmittag stattfinden, gern mit einer kleinen Führung, Apfelverkostung und vielen Informationen zum Ökosystem und Kulturerbe „Streuobstwiese“.

Artenreiches Biotop: Streuobstwiese

Bei der Streuobstwiese am Alten Warendorfer Weg handelt es sich um eine sogenannte **Ausgleichsfläche der Stadt**, die

Pflege der möglichst artenreichen, blühenden Wiese und ihrer Obstbäume untrennbar verbunden. Mehr noch: Ohne das eine ist das andere längerfristig nicht gut möglich, quasi im Ungleichgewicht – eine vom Menschen geschaffene **Kulturlandschaft** eben. Ohne menschlichen Eingriff wachsen auf dieser Fläche innerhalb weniger Jahre schnell nur noch Sträucher und später Bäume, ein Wald würde sich entwickeln.

Für mich war die **üppige Ernte des Sommers 2025** ein unerwartetes Geschenk, das ich sehr dankbar annahm, mich aber gleichzeitig vor große Herausforderungen stellte. Ich teilte gern mit Menschen, die

dies nicht immer gelang: abgebrochene Äste und Zweige, zurückgelassene große Plastiksäcke, Gartengeräte hingen in Bäumen, der Zaun wurde stellenweise heruntergetreten. Schade.

Seit Jahren presst eine Ahlener Saftpresse aus den Äpfeln dieser Wiese köstlichsten **Apfelsaft**, der jedes Jahr sein besonderes Aroma erhält. 2025 war ein „guter Jahrgang“. Wie viel Arbeit dahinter steckt, ahnt man erst, wenn man weiß, dass eine Saftpresse nur makellose, perfekt reife Äpfel zu qualitativ gutem Saft verarbeiten kann. Faulige, überreife oder unreife Früchte verderben den Saft und führen bei den Saftpressen immer

der Beurteilung, was künftig auf der Fläche mehr Beachtung und Fürsorge braucht, welche unterstützenden Maßnahmen geplant und finanziert werden müssen. Zum Beispiel fehlten die **Totholzhaufen** vom Baumschnitt schon seit ein paar Jahren. Sie sind aber immer ein wesentliches Element einer gesunden Streuobstwiese und Lebensraum für zahlreiche Arten, für Flora, Fauna, Mikroorganismen und Pilze. Nach Aussage des Verantwortlichen wurde der lang bestehende Haufen irgendwann im Osterfeuer verbrannt. Eine für mich extrem schmerzhaft und schockierende Aussage, weil es dabei vermutlich um die bequemere Befahrbarkeit der Wiese ging. Was das für alle kleinen Bewohner*innen des Totholzes in der Konsequenz bedeutete, ahne ich leider.

Seit Anfang 2025 nun gibt es wieder Totholz in Form von sogenannten **Benjeshecken**. Das sind mit Eichenholzpfählen stabilisierte, heckenförmige Abschnitte, in denen entfernte Äste und Zweige der Bäume, aber auch das Wiesen-Mahdgut (Heu) aufgeschichtet werden. Es entsteht zusätzlicher Schutzraum und Nahrung für etliche Lebewesen und gleichzeitig neue Gestaltungselemente.

Übrigens: Seit 2021 gehören Streuobstwiesen zum **Immateriellen Kulturerbe der UNESCO**. Mitte des 20. Jahrhunderts verschwanden viele alte Streuobstwiesen in Europa. Unzählige Obstwiesen wurden wegen des Bedarfs an Weide- und Ackerflächen oder für Bauland umgebrochen und unwiederbringlich vernichtet. Seitdem fehlen nicht nur die Flächen selbst, sondern es klafft auch eine große Wissenslücke. Kaum jemand verfügt noch über Erfahrungen bei der Erziehung und Pflege von Obstgehölzen. Eine alte, wichtige Kulturtechnik ist in Gefahr. Die Anerkennung als Kulturerbe schützt nun diese Lebensräume. Es gründeten sich Vereine, die Kurse und zertifizierte Lehrgänge anbieten, um dieses wichtige alte Wissen wieder zu teilen. Längst ist wissenschaftlich bewiesen, dass sich der „Lebensraum Streuobstwiese“ durch eine besonders hohe Artenvielfalt auszeichnet, die jede angrenzende Region bereichert und aufwertet. Dazu gehört aber auch – in alter Tradition – ein gewisser manueller und zeitlicher Aufwand: beim sorgsamem, sensiblen Obstbaumschnitt, beim Mähen der Wiese mit der Handsense, beim Auflesen und Pflücken des Obstes und bei dessen Verwertung.

Seitdem ich Pächterin bin, mähe ich die Wiese ausschließ-



Foto: Tatjana Scharfe

unmittelbar an das Naturschutzgebiet der Emswiesen anschließt und unglücklicherweise von intensiv genutzten Ackerflächen fast völlig eingeschlossen wird. Angelegt wurde sie Anfang der 90er-Jahre. Heute stehen dort über 40 Obstbäume, seit Beginn des letzten Jahres kamen noch verschiedene Wildobststräucher und Wildrosen dazu. Sämtliche Maßnahmen auf dieser Fläche sind dem Zweck „Naturschutz“ gewidmet. Hier muss laut Gesetz Biodiversität geschützt und gefördert werden. Und ja, dabei geht es ausdrücklich auch um das Ernten und Verwerten von gesundem, unbehandeltem Obst! Denn das Ernten und Nutzen der Früchte ist mit der

nachfragten, spendete frisches Obst für Grüne Wahlkampfstände und beim Erntedankfest verschenkte die Telgter Hanse mit viel Freude ebenfalls unsere Äpfel an die Besucherinnen und Besucher des Marktes. Auch die Telgter Hospizgruppe freute sich sehr über eine größere Menge Fallobst. In der Kantine des Rathauses stellte ich für das Personal zwei Kisten mit frischen Äpfeln bereit. Alle Nachfragen, ob man Fallobst aufsammeln dürfe, bejahte ich, immer mit einem großen Vertrauensvorschuss an die Fragenden, dass sie sich hoffentlich verantwortungsvoll und behutsam auf der Wiese bewegen mögen. Leider gab es unschöne Indizien, dass

wieder zum Stopp des Pressvorgangs, weil die Maschine gereinigt werden muss. Für 10 Liter Saft braucht mensch übrigens etwa 16 Kilogramm gute Äpfel, reif, gesund und sauber. Alles Handarbeit.

Dieses unglaublich bezauobernde Fleckchen Erde mit seiner besonderen Atmosphäre ist für mich und meinen Mann Friedo seit Inkrafttreten meines Pachtvertrages im Juli 2024 Leidenschaft, Auftrag und Mahnung, alles zu bewahren und zu schützen, was dort lebt. Als ich mich bei der Stadt Telgte um die Fläche bewarb, machte ich auch eine Bestandsanalyse aller Pflanzenarten, auch in ihrer Quantität. Das half mir sehr bei

lich ohne Maschinen – nach dem Prinzip der sogenannten **Staffel- bzw. Mosaikmahd**. Das bedeutet, dass nicht die gesamte Wiese gemäht wird, sondern dass sie zeitlich und räumlich versetzt – also gestaffelt – geschnitten wird. Manche Flecken lasse ich sogar überjährig (im Winter) als ökologisch wertvolle Altgrasstreifen stehen. Auch sie bieten für zahlreiche Tiere Rückzugsort und Schutz. Der ungeübte Naturbeobachter empfindet so etwas meist als „ungepflegt“ und „unordentlich“ (siehe Leserbrief). Ich lade alle Interessierten im Frühjahr gern zur Erforschung dieser wilden Stellen in der Wiese ein: Sie werden staunen, ganz sicher!

Schon im Sommer 2023 entdeckte ich beim Mähen etwas ganz Besonderes. Damals half ich nur und bat anschließend den Pächter leidenschaftlich darum, unbedingt auf den Einsatz der Mulchmäher zu verzichten, denn zwischen den langen Halmen des Glatthafters in etwa 30 Zentimetern Höhe entdeckte ich ein kugelförmiges Nest! Rasch fand ich heraus, dass es sich um ein Nest der Eurasischen **Zwergmaus** (*Micromys minutus*) handelt. Sie steht schon länger auf der Liste der gefährdeten Arten, weil ihre Lebensräume – ungemähte bzw. einmahdige Wiesen mit langhalmigen Gräsern und Wildblumen – zunehmend aus unserer

Landschaften verschwinden. Die Eurasische Zwergmaus ist mit der Birkenmaus das kleinste einheimische Säugetier und mit ihren fünf bis sechs Zentimetern Körperlänge – von der Nasenspitze bis zum Rumpfenende – und dem Fliegengewicht von fünf bis sieben Gramm ein echtes Wunder.

Damals hatte ich übrigens keinen Erfolg mit meiner Bütte. Zum Herbst wurde wieder alles „sauber und ordentlich“ gemulcht.

Zumindest für mich war diese Erkenntnis Anlass, nun bei jeder Maßnahme auf diese filigranen „Kunstwerke“ zu achten – sie gezielt zu suchen, um diese Bereiche in Ruhe zu lassen. Bei der

ersten Entdeckung waren es anfangs nur zwei Nester, und jetzt – also 2025 – schon sechs. Ein schöner Erfolg, der in engem Zusammenhang mit meiner vermeintlichen „Unordnung“ zu sehen ist.

Und ja, ich gebe gern zu, dass ich sehr froh bin, keinen Ehrgeiz in eine „ordentliche Rasenfläche“ investieren zu müssen, weil es dem Erhalt und der Förderung der Artenvielfalt schlicht und einfach widerspricht und ihr sogar erheblich schaden würde.

Wussten Sie schon – oder erinnern Sie sich vielleicht sogar

–, dass die Flächeneinheit „ein Morgen“ ursprünglich genau das Maß beschrieb, das ein Mensch mit einem Ochsenpflug an einem frühen Vormittag bearbeiten konnte? Auch wenn die Quadratmeterzahl regional variiert, bleibt der Kern dieser Einheit zutiefst menschlich.

Meine eigene Wiese umfasst 3.700 Quadratmeter. Ich pflüge sie zwar nicht, aber ich mähe sie mit einer scharfen Handsense, bis die Kräfte nachlassen oder die Mittagssonne zu heiß wird. Dieses alte Maß ist für mich eine willkommene Grundlage, da es ein verträgliches Miteinander von Mensch und Natur ermöglicht. Natürlich wäre der Einsatz von Maschinen oder



Reichliche Ernte zum Mitnehmen 2025 Foto: Tatjana Scharfe



Kugelnest der Eurasischen Zwergmaus Foto: Tatjana Scharfe

Akku-Geräten hinsichtlich Zeitaufwand und Effektivität überlegen. Doch in meiner bewussten Langsamkeit liegt ein unsagbarer Wert: Insekten, Reptilien und Kleinsäuger haben die Chance, rechtzeitig zu flüchten oder einfach vom fallenden Halm zu gleiten. Wer selbst schon einmal mit der Handsense mähen durfte, kennt dieses besondere Gefühl – die rhythmische Bewegung, das Geräusch, die Düfte und die tiefe Zufriedenheit, ganz ohne Hast oder Leistungsdruck tätig zu sein. Da ich nicht vom Ertrag der Wiese leben muss, genieße ich diese Freiheit sehr.

Diese Art der Bewirtschaftung ist so schonend wie effektiv im

Sinne des Naturschutzes: Je nach Größe der Wiese darf höchstens dreimal jährlich gemäht werden. Dabei gehe ich die Fläche vorher stets ab – eine Praxis, die auch in Sensenmähkursen, etwa beim NABU, gelehrt wird, um Rehkitze oder andere Tiere im hohen Gras rechtzeitig zu entdecken.

Auch die anschließende Heugewinnung folgt dem alten Rhythmus. Das Mahdgut wird nicht sofort abtransportiert, sondern mehrmals gewendet, bis aus dem Gras hochwertiges Heu wird. Während dieser Prozedur, die früher ganz traditionell mit der Heugabel erfolgte, fallen die trockenen Samen der Wildpflanzen aus und verblei-

ben auf der Fläche. Das fertige Heu dient schließlich als bestes Raufutter für Weidetiere oder bietet – geschickt aufgeschichtet als Heuschober – vielen Wiesbewohnern einen warmen, trockenen Unterschlupf. Es ist ein schöner, sinnlicher Weg der lebensfreundlichen Bearbeitung, der zeigt, dass wahre Qualität oft dort entsteht, wo wir unseren natürlichen Kraftreserven und dem Takt der Natur den Vorrang geben.

Alternative zum Sensen? „Beweidung“ wäre das Zauberwort. In unserem Fall ist aber die Fläche der Streuobstwiese nicht

groß genug, um beispielsweise Rinder dort artgerecht und gesund fressen zu lassen. Aber toll wäre das ... Wer mir mal eine Kuh, die nicht mit Medikamenten behandelt wird, ausleihen mag, immer gern. (* oder frischen Rinderdung von unbehandelten Rindern. Ich hole den Sch... gern ab und bringe ihn als Kinderstube für mistbrütende Insekten unter die Obstbäume.) Auch ein Pferd wäre super. Schafe hingegen fressen die Wildpflanzen und Gräser fast komplett, lassen nicht viel übrig, weil sie an karge Standorte angepasst sind und deshalb ihren Job zu gründlich machen. Rinder zupfen oberirdisch, trampeln auch mal die

Grasnarbe weg und schaffen offene Böden – das Saatbeet für die neue Generation der Wiesenblumen, die es ganz oft lieben, viel Licht zum Keimen ihrer Samen zu bekommen.

Die Chance, unbehandelte Weidetiere für ein oder zwei Tage auf der Fläche fressen zu lassen, ist sehr gering. Ich bleibe deshalb wohl beim „unordentlichen“ Sensen, ahme damit sogar eine Beweidung nach und hoffe, dass ich künftig mein tolles, aber ungebündeltes Bio-Heu (ohne Jakobskreuzkraut) an Kleintierhalter*innen abgeben kann.

Tatjana Scharfe

Reise ohne Ziel

GASTBEITRAG :)

Neue Castor-Transporte nach Ahaus?

Wenn diese Ausgabe vom „Pöggskén“ erscheint, ist womöglich schon der erste Transport mit hochradioaktivem Atommüll seit 20 Jahren nach Ahaus gerollt, falls das OVG Berlin-Brandenburg bis dahin die Klage des BUND NRW abweisen sollte – und es wird nicht der letzte bleiben, wenn sich nicht entschiedener Protest auf der Straße regt. Dazu fand zuletzt am 7. März eine große Demo in Ahaus statt. Zu der Demo hatten mehr als 50 Organisationen aufgerufen.

Doch der Konflikt um den hochradioaktiven Atommüll aus dem Forschungszentrum Jülich ist schon mehr als 16 Jahre alt. In Jülich lagern rund 300.000 hochradioaktive Brennelementkugeln in 152 Castor-Behältern – eine Hinterlassenschaft eines Versuchsreaktors in Jülich. Doch anstatt den Atommüll in Jülich zu lagern, bis eines Tages die nach wie vor ungeklärte Endlagerfrage geklärt ist, will die Bundesregierung nun den Atommüll mit jahrelangen Hochsicherheits-Polizeikonvois über die 170 km lange Autobahn-Strecke von Jülich nach Ahaus bringen. Das ist aber eine Reise ohne Ziel, denn auch in

Ahaus läuft die Genehmigung 2036 aus – und dann?

Gerne wird an dieser Stelle eingewandt, irgendwo müsse der Atommüll ja lagern. Das ist richtig, da er sich bekanntlich nicht in Luft auflöst. Aber dann wäre die beste Option der Neubau eines Zwischenlagers vor Ort in Jülich. Jeder Transport schafft zusätzliche Risiken: Unfälle, Sabotage, Drohnen ... Aus diesem Grund protestierte die Gewerkschaft der Polizei massiv gegen die Castor-Transporte, weil sie genau weiß, welche hohe Belastung dies für die NRW-Polizei in den kommenden Jahren mit sich bringen wird. Allgemein wird selbst bei der Zusammenfassung zu Konvois mit drei Castor-LKWs von mehreren Jahren ausgegangen. Der erste Transport wird also definitiv nicht der letzte sein.

Dazu sollen noch in 2026 zwei Castor-Autobahn-Transporte aus dem Forschungsreaktor Garching kommen, der der TU München, also dem Freistaat Bayern gehört. Dieser Reaktor wird mit atomwaffenfähigem, hochangereichertem Uran betrieben. Der Reaktor steht seit 2020 wegen diverser Pannen still, doch der Weiterbetrieb

erfordert eine Verlagerung der abgebrannten, militärisch brisanten Brennelemente. Bayern möchte diese selbstredend nicht bei sich lagern – also ab nach Ahaus! Doch dagegen regt sich selbst in Bayern Widerstand, bei Umweltverbänden und den bayrischen Grünen. Um diese Castor-Lawine zu stoppen, braucht es aber auch gerade von den Grünen im Münsterland eine viel stärkere Positionierung. Schließlich träumt die Union – insbesondere Markus Söder und Jens Spahn – noch immer von einer atomaren Zukunft.

Dazu passt leider, dass das Münsterland mit der Urananreicherungsanlage Gronau und das benachbarte Emsland mit der Brennelementefabrik Lingen noch immer zwei aktive Atomanlagen hat, die den Weltmarkt mit Uranbrennstoff made in Germany versorgen. In unserer Region ist der Atomausstieg noch lange nicht angekommen – deshalb werden die Proteste weitergehen.

Matthias Eickhoff,
SOFA (Sofortiger Atomausstieg)
Münster, www.sofa-ms.de



Symbolbild (KI)

CASTOR, WAS IST DAS EIGENTLICH?

Ein Castor ist ein sehr robuster Behälter für hochradioaktive Abfälle, zum Beispiel abgebrannte Brennelemente aus Atomkraftwerken. Der Name Castor (kurz für eng.: **C**ask for **S**torage and **T**ransport of **R**adioactive Material) steht für ein spezielles Transport- und Lagersystem, das radioaktives Material sicher abschirmen soll. Castor-Behälter bestehen aus dickem Stahl und sind so gebaut, dass sie Hitze, Stöße und Strahlung aushalten. Sie werden genutzt, um Atommüll vom Kraftwerk zu Zwischenlagern oder anderen Anlagen zu bringen. Ein Castor löst das Atommüllproblem aber nicht dauerhaft, sondern dient nur der Lagerung und dem Transport über einen bestimmten Zeitraum.



REGIONALES QUALITÄTSFLEISCH
VOM SATTELSCHWEIN

VERKAUF DIREKT AB HOF

SAMSTAG, 06.09. 14:30 - 19:00 UHR

HARKAMPSHEIDE 14, TELGTE WWW.HOF-TIESKOETTER.DE



Abgesägt

Zur Abschaffung der Baumschutzsatzung

MEINUNG! :)

Immer noch sehr schockiert über die Entscheidung der neuen Ratsmehrheit und deren aus meiner Sicht rückwärtsgewandte Ausrichtung möchte ich schildern, was in der letzten Ratsitzung mit 17 zu 16 Stimmen beschlossen wurde: Die lang erkämpfte und erfolgreiche Baumschutzsatzung ist abgeschafft worden.

Sachliche und gut begründete Argumente konnten daran nichts ändern. Bereits der Antragstext der FDP vom 21.02.2026 mit dem Ziel, die Baumschutzsatzung „ab sofort“ aufzuheben, wirft aus meiner Sicht zahlreiche Fragen auf. Da viele Bürgerinnen und Bürger die Sitzungsvorlagen nicht regelmäßig einsehen, möchte ich zentrale Punkte daraus darstellen, ergänzt um meine Einordnung. Wer glaubt, dass eine neu gewählte Bürgermeisterin allein für Kontinuität im Klima- und Naturschutz steht, unterschätzt die politische Realität: Die Mehrheit im Rat liegt nun bei CDU und FDP, die offensichtlich andere Prioritäten setzen und Beschlüsse der vergangenen Jahre neu bewertet. Die Baumschutzsatzung ist eines der

ersten Beispiele dafür.

Im Antrag heißt es zur Begründung: „Die Bürokratisierung privater Gärten hat sich nicht bewährt, sondern unnötig städtisches Personal gebunden, das an anderer Stelle dringender benötigt wird.“

Hier stellt sich die Frage, worin konkret diese „Bürokratisierung privater Gärten“ gesehen wird. Der Begriff wird pauschal verwendet, ohne dies näher zu belegen. Gleichzeitig zeigt die Erfahrung, dass funktionierende Regelwerke immer auch einen gewissen organisatorischen Rahmen benötigen. Viele der in Deutschland geschätzten Standards basieren genau auf solchen verlässlichen Strukturen, die Orientierung und Schutz bieten.

Weiter heißt es: „Die Baumschutzsatzung verursacht Verwaltungsaufwand, ohne einen messbaren zusätzlichen Nutzen für den Umwelt- und Klimaschutz zu erzielen; einschlägige Bundes- und Landesgesetze stellen bereits einen ausreichenden Schutz von Bäumen sicher.“

Verwaltungsaufwand entsteht bei nahezu jeder Regelung – entscheidend ist, ob dieser im Ver-

hältnis zum Nutzen steht. Laut Verwaltung wurde die Praxis der letzten Jahre ausgewertet. Dabei zeigte sich, dass kein erheblicher Mehraufwand entstanden ist. In den meisten Fällen wurden Anträge genehmigt, häufig verbunden mit fachlicher Beratung zu sinnvollen Ausgleichsmaßnahmen. Ablehnungen waren die Ausnahme.

Diese Praxis deutet darauf hin, dass die Satzung nicht restriktiv, sondern lösungsorientiert angewendet wurde. Ziel war es, gemeinsam mit den Antragstellenden tragfähige Lösungen zu finden.

Die Aussage, es gebe „keinen messbaren zusätzlichen Nutzen“, wirft ebenfalls Fragen auf. Der ökologische Wert von Bäumen – etwa für Mikroklima, Biodiversität und CO₂-Bindung – ist wissenschaftlich belegt. Nicht jeder Effekt lässt sich kurzfristig oder lokal exakt quantifizieren, dennoch ist der grundsätzliche Nutzen unstrittig.

Auch die letzte Behauptung in diesem Passus ist irreführend, da zwar das Bundesnaturschutzgesetz (§ 39 BNatSchG) das Fällen zwischen dem 1. März und 30. September verbietet,

wodurch aber nicht die Bäume an sich geschützt werden, sondern insbesondere Vögel während der Brutzeit. Im Landesnaturschutzgesetz NRW gibt es keinen weiteren allgemeinen Schutz; vielmehr wird es in § 49 explizit den Kommunen überlassen, eine Baumschutzsatzung zu erlassen.

Im Antrag heißt es weiter: „Sie ist vielmehr kontraproduktiv, da vermehrt Bäume gefällt werden, bevor diese eine Größe erreichen, mit der sie unter den ‚Schutz‘ der Baumschutzsatzung fallen.“

Dieses Argument ist bemerkenswert, weil es implizit davon ausgeht, dass Menschen Regelungen gezielt umgehen. Gleichzeitig wird an anderer Stelle die Eigenverantwortung betont. Hier entsteht ein Widerspruch: Entweder vertraut man auf verantwortungsvolles Handeln – oder man erkennt an, dass Schutzregelungen notwendig sind. Grundsätzlich sollte bei der Pflanzung von Bäumen bedacht werden, dass es sich um langfristige Entscheidungen handelt. Bäume prägen über Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte das Stadtbild und erfüllen

wichtige ökologische Funktionen. Kurzfristige Nutzungsinteressen stehen dabei nicht immer im Einklang mit nachhaltiger Stadtentwicklung.

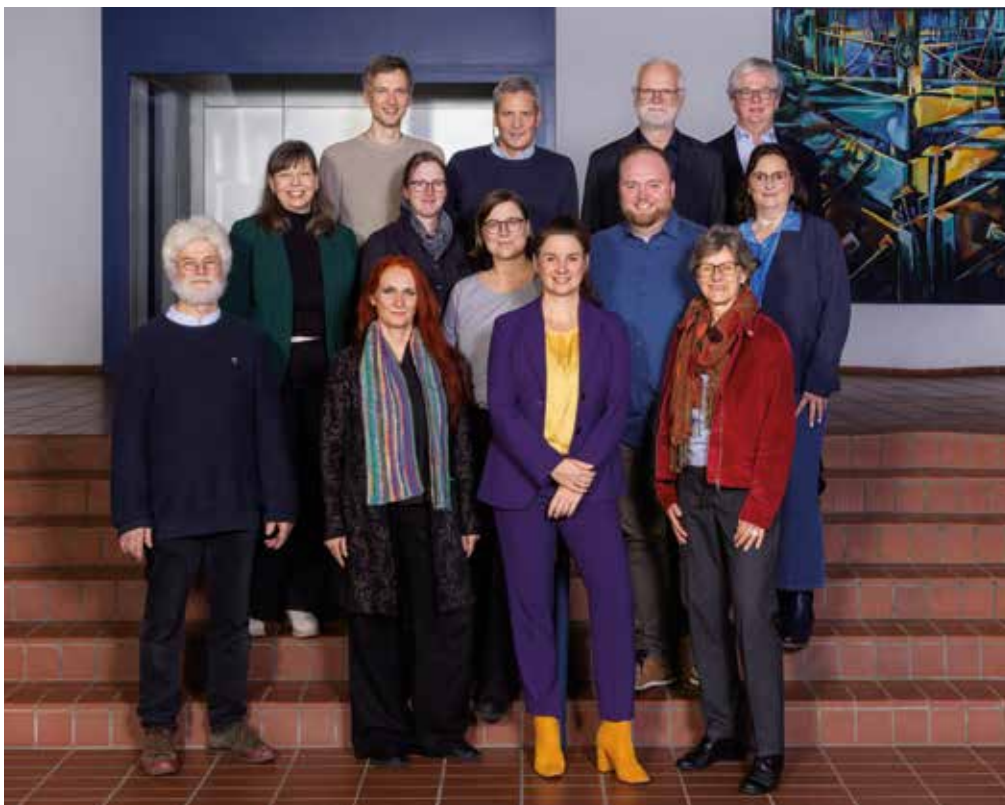
Abschließend heißt es im Antrag: „Die Aufhebung der Baumschutzsatzung setzt ein klares Zeichen für Bürokratieabbau, Eigenverantwortung und eine pragmatische Stadtentwicklung, die Wohnungsbau, Investitionen und private Initiative nicht länger durch unnötige Vorgaben behindert.“

Die Verwaltung hat den Vorwurf eines unverhältnismäßigen bürokratischen Aufwands ausdrücklich zurückgewiesen. Dennoch wurde dieser Aspekt im politischen Entscheidungsprozess anders bewertet. Die Abstimmung zeigt, dass die Entscheidung weniger auf einer gemeinsamen Faktenbasis als auf unterschiedlichen politischen Grundüberzeugungen beruht.

Eine vertiefte inhaltliche Diskussion hätte aus meiner Sicht dennoch zur besseren Einordnung beigetragen – unabhängig vom letztlich knappen Abstimmungsergebnis.

Tatjana Scharfe

Wir für euch im Rathaus



Die neue Fraktion der Grünen im Telgter Stadtrat. Die Fraktion wählte Sabine Grohnert erneut zur Fraktionssprecherin und Marian Husmann als Stellvertreter. Ausschussvorsitze übernehmen Britta Sporket (Ausschuss für Generationen und Soziales), Peter Spieker (Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität) und Marian Husmann (Wahlprüfungsausschuss)
v.l.n.r.: Fritz Adriaans, Anja Weiligmann, Carsten Johannsen, Tatjana Scharfe, Christina Sachse, Britta Sporket, Peter Spieker, Marian Husmann, Udo Woltering, Sabine Grohnert, Bernhard Drestomark und Stephanie Holtmann mit der neuen Bürgermeisterin Katja Behrendt (Mitte). Foto: Vanessa Heller



Aktiv für mehr Artenvielfalt Lebensräume schaffen, Biodiversität fördern!

Sie möchten sich für den Erhalt unserer Artenvielfalt einsetzen? Dann sind Sie bei uns genau richtig. Wir als NaturGarten e.V. zeigen, welches Potenzial der besiedelte Raum für den Erhalt unserer Biodiversität bietet, denn hier:

- ... kann jede*r Einzelne direkt vor Ort aktiv werden – im eigenen Garten und im öffentlichen Raum.
- ... kann durch eine naturnahe Gestaltung neuer Lebensraum geschaffen werden.
- ... kann Natur direkt vor unserer Haustür erlebbar und wahrnehmbar werden.

Machen Sie mit!

Werden Sie Mitglied, unterstützen Sie unsere Arbeit und nutzen Sie die Möglichkeiten, die der NaturGarten e.V. zu bieten hat:

- **Engagement** in verschiedenen Arbeitskreisen
- **Vernetzung** mit Gleichgesinnten in Regionalgruppen
- **Information** zu aktuellen Themen in unserer Fachzeitschrift Natur & Garten, im Newsletter und unserer Homepage
- **Inspiration** auf unseren Fachtagungen und bei Vorträgen
- **Fachkompetenz** – Die Naturgarten-Akademie, geprüfte Fachbetriebe für die Planung und den Bau von Naturgärten und Naturgartenprämierungen sind weitere Angebote des NaturGarten e.V.



→ www.naturgarten.org

100 Tage im Amt

Anja: Was war dein „Aha“-Moment?

Katja Behrendt: Es gab und gibt viele „Aha“-Momente – schließlich erlebe ich mich in einer neuen Rolle. Ich blicke neugierig auf jeden neuen Tag. Es ist aktuell alles sehr spannend.

Was hat dich in den ersten Wochen am meisten überrascht?

Wie schnell die Tage vorbei sind.

Gab es Entscheidungen, bei denen du dachtest: „Okay, jetzt bin ich wirklich Bürgermeisterin?“

Jedes Mal, wenn ich auf offiziellen Briefbögen unterschreibe, sehe ich es schwarz auf weiß. Es sind die vielen – auch kleinen – Entscheidungen über den Tag, die mir mein Amt und die Tragweite dessen sehr bewusst machen.

Was waren deine Prioritäten beim Start – und wo stehst du damit heute?

Für mich war es wichtig, erst einmal meine Mitarbeitenden und die Strukturen im Haus kennenzulernen und zuzuhören. Dann stand natürlich direkt die Einbringung des Haushaltsentwurfs für 2026 an, mit der Entscheidung, ob wir die Sanierung des Rathauses abbilden. Seit über zehn Jahren steht diese Mammutaufgabe im Raum. Der Rat hat den städtischen Haushalt einstimmig beschlossen. Das ist unser Startsignal in der Sache.

Was war bisher der größte Zeitfresser – und was hat überraschend gut funktioniert?

Den einen Zeitfresser gibt es nicht. Meine ehemalige Arbeitskollegin in der Stiftung hatte ein Schild an ihrem Schreibtisch hängen, auf dem stand: „Zeit ist da.“ Es gilt, sie gut zu nutzen. Dabei hilft mir meine tolle Vorzimmer-Kollegin, die meine Termine jongliert. Ein paar mehr Stunden am Tag würden mir aktuell aber schon helfen.

Wie hat sich die Zusammenarbeit mit Verwaltung und Fachbereichen eingespielt: Was läuft rund, wo musst du nachschärfen?

Ich habe Gutes erwartet und bin nicht enttäuscht worden. Ich bin von den Mitarbeitenden der Verwaltung mit offenen Armen empfangen worden und finde ein leistungsfähiges, kompetentes und zugewandtes Team vor. Ich muss das Rad hier nicht neu erfinden. Weiter nachschärfen werden wir unter anderem bei der Digitalisierung und IT-Ausstattung.

Welche konkreten Verände-

rungen können Bürger*innen schon spüren – und welche kommen als Nächstes?

Ich habe mit der monatlichen Sprechstunde für Bürgerinnen und Bürger Zeitfenster geschaffen. Ein Angebot, das ankommt. Die Sprechstunden einmal im Monat mittwochs sind bisher ausgebaut.

Mit Sorgen blicke ich momentan in unsere Kita-Landschaft. Aktuell gibt es mehr Plätze als Kinder, was viele

die Lupe nehmen. Wir suchen aktuell nach einem Zeitfenster im Sommer, um schnellstmöglich den Verkehrsversuch in der Altstadt durchzuführen, um die Verkehrsführung im Zusammenhang mit einem autofreien Marktplatz zu prüfen. Zudem haben wir einen Förderbescheid erhalten, um ein Quartiersmanagement aufzubauen.

Wie ist der aktuelle Stand bei der Wohnraumförderung?

eine Geschäftsführung für die übergeordnete Genossenschaft und hoffen, dass diese Person Mitte des Jahres die Arbeit aufnimmt. Wenn die politischen Gremien zustimmen, können wir zeitnah ein Baulückenkataster online stellen, das freie Baufelder in unserer Stadt zeigt – ohne Aussagen zum Eigentum zu machen. Wir überprüfen den aus der Notlage heraus entstandenen Wohnraum für Geflüchtete. Wir arbeiten an verschie-

das Kinder- und Jugendwerk Telgte jeweils eine Gruppe in der Kita Kinderwelt und in der Kita Wiesenhaus schließen muss. Mit der Entscheidung sind leider auch Personalkürzungen verbunden. Und dass, obwohl die Erzieherinnen und Erzieher einen großartigen Job machen. Das ist besonders schwer, zumal klar ist, dass wir die engagierten Fachkräfte in wenigen Jahren wieder dringend brauchen werden, wenn Telgte-Süd weiterwächst. Ich muss leider davon ausgehen, dass sich die Situation im kommenden Jahr weiter zuspitzt. Wir brauchen ein abgestimmtes Verfahren mit dem Kreis Warendorf, der für die Kitabedarfsplanung zuständig ist. Zudem müssen wir auf Landesebene klären, wie wir mit langfristigen Mietverträgen und den Fördermitteln umgehen, die auf den Gruppenräumen liegen. Alles in allem belastet die Situation den städtischen Haushalt und ändert sich fast wöchentlich. Wir arbeiten gegenüber der Politik an größtmöglicher Transparenz. Aber ein Ende ist aktuell leider noch nicht absehbar.

Klimaschutz mit Alltagsnutzen: Wenn du dir ein Thema aussuchen müsstest, was 2026 mehr Sichtbarkeit bekommen soll, welches wäre es?

Eng mit den Fragen rund um den Wohnraum verknüpft sehe ich auch die Fragen zur Wärmewende: Welche weiteren Wärmenetze können wir in Telgte aufbauen? Wie können wir Hauseigentümerinnen und -eigentümer unterstützen, wenn es um alternative Heizungssysteme und Sanierungsfragen geht? Wie kann ein Quartiersmanagement helfen? Außerdem arbeiten wir gerade an einem Hochwasserschutzkonzept. Der Klimawandel ist längst spürbar, die Folgen in Form von häufigeren Extremwetterereignissen sichtbar. Wir müssen uns gut wappnen und in unsere Sicherheit investieren.

Wo siehst du die größten finanziellen Engpässe – und wo gibt es trotzdem Handlungsspielräume?

Der aktuelle Haushaltsentwurf sieht düster aus. Wir planen mit einem Haushaltsdefizit von über zehn Millionen Euro. Die Stadt Telgte hat kein Geld zu verteilen. Bevor ich den Haushaltsentwurf im Dezember eingebracht habe, haben wir rund zwei Millionen aus den Planungen gestrichen – an neuen Personalstellen, in der Straßeninfrastruktur, aber auch im Klimaschutz. Solange es uns möglich ist, möchte ich in die Zukunft unserer Stadt investieren, in gute Infrastruktur wie



Foto: Michael Richter

Träger vor große finanzielle Herausforderungen stellt. Ich hoffe, dass wir Mittel und Wege finden, möglichst viele unserer pädagogischen Fachkräfte in der Stadt zu halten.

Gemeinsam mit den Ratsmitgliedern und der Verwaltung möchte ich in den nächsten Monaten den Neubau an der Marienschule sowie die Rathaussanierung vorantreiben und das Grünpflegemanagement unter

Die Erschließung von Telgte-Süd wird in diesen Wochen abgeschlossen, die ersten Bauvorhaben u.a. der Firma Stockhausen stehen in den Startlöchern. Die Vermarktung der Grundstücke läuft gut. Die interkommunale Wohnungsbau-Gesellschaft, die wir gemeinsam mit Warendorf, Ostbevern, Everswinkel, Drensteinfurt und Havixbeck gründen, nimmt Form an. Gerade suchen wir

denen Stellen mit Hochdruck daran, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen oder zu optimieren.

Schulen, Kitas, Betreuung, OGS: Was ist dein Fahrplan für 2026 – und wo siehst du die dicksten Bretter (Gebäude, Personal, Finanzierung)

Wir haben mehr Kita-Plätze als Kinder. Das stellt die Träger vor große finanzielle Herausforderungen. Aktuell ist klar, dass

Schulen und Sportstätten. Und weil es sein muss, auch in ein Rathaus, das für die nächsten 50 Jahre ein Ort ist, an dem unsere Verwaltungsmitarbeitenden gerne arbeiten. Denn sie sind der Motor für unsere Stadtentwicklung.

Wie erklärst du Bürger*innen Entscheidungen, die unpopulär sind, aber nötig?

Ich halte viel von einem ehrlichen und transparenten Umgang miteinander.

Wenn man führt, wird man auch kritisiert. Wie gehst du

damit um? Was war bisher der härteste Gegenwind – und woran merkst du, ob du nachjustierst oder standhaft bleibst?

Wirklich harten Gegenwind hatte ich bisher noch nicht. In einer privaten Bürgerinformation kritisierten Anliegende im Nachgang meine Antworten und forderten eine Stellungnahme im Ausschuss. Besonders gefreut haben mich die Reaktionen aus den Parteien sowie einer Gruppe anderer Nachbarn, die mir den Rücken gestärkt haben.

Zum Thema Bürgernähe: Welche Formate willst du ver-

tigen? Was bringt aus deiner Sicht wirklich was?

Ich möchte präsent und ansprechbar sein und nah bei den Menschen bleiben. Mir geht es weniger um Formate als um Gespräche auf Augenhöhe und um ein ernsthaftes Zuhören.

Was verlangt das Amt von dir ab – und was gibt es dir zurück?

Das Amt verlangt meinen absoluten Fokus, viel Zeit und Kraft. Aber es gibt neben meiner Familie für mich aktuell nichts Schöneres. Ich bin sehr dankbar für diese Gestaltungsmöglich-

keit, und ich habe vor, jeden Tag bestmöglich für die Entwicklung unserer Stadt zu nutzen.

Welche drei Punkte sollen die Telger*innen Ende 2026 mit deinem Namen verbinden?

Entwicklung braucht Zeit. Ich werde mit Rat und Verwaltung daran arbeiten, trotz der schwierigen finanziellen Lage das Beste für Telgte rauszuholen. Wichtig sind mir beispielsweise bezahlbarer Wohnraum, Investitionen in unsere Zukunft und ein Zusammenhalt in Vielfalt. Daran arbeiten wir jeden Tag. Und ich bin mir sicher, das Er-

gebnis wird sich sehen lassen.

Wenn du heute einen Wunsch frei hättest für Telgte und Geld keine Rolle spielen würde: Was würdest du sofort anschieben?

Mehr bezahlbaren Wohnraum für Jung und Alt in nachhaltigen Quartieren mit hoher Lebensqualität.

Das Interview führte Anja Weiligmann

Standorterweiterung an der Delsener Heide

Auf Einladung der Firma Wichmann Gärten informierte das Unternehmen als Vorhabenträger am 10. Januar über seine geplante Erweiterung des Betriebsstandortes südlich der Kreisstraße K 50n. Das Gespräch zeigte Chancen für die Standorterweiterung, aber auch offene Fragen, die sorgfältig geprüft werden müssen.

Viele Anwohner*innen nahmen an der Informationsveranstaltung mit großem Interesse teil und nutzten die Gelegenheit, Bedenken vorzutragen und Fragen zu stellen; Teilnehmende Vertreter*innen aus Rat und Verwaltung nahmen entsprechend viele Punkte auf, die im weiteren Verfahren eine Rolle spielen könnten. Viele bewerteten das Format als konstruktiv und sachlich. Kurz nach dem Treffen wurden in einer Mail eines Anwohners jedoch Vorwürfe erhoben: man fühle sich instrumentalisiert, weil die Veranstaltung einseitig inszeniert wirkte und die Verwaltung voreingenommen „pro Erweiterung“ sei.

Mehrere Anwohner*innen distanzierten sich ausdrücklich von dieser Mail. Unsere Bürgermeisterin Katja Behrendt antwortete ausführlich im Rahmen einer Sitzung darauf und wies die Vorwürfe entschieden zurück. Sie betonte, dass das Verfahren ergebnisoffen geführt

wird und der Rat sich unter sorgfältiger Abwägung für oder gegen das Vorhaben in seiner am Ende ausgeformten Planung entscheidet.

Im Rahmen der Informati-

onveranstaltung erläuterte der Vorhabenträger die Beweggründe für eine Erweiterung: Der Familienbetrieb ist seit 1994 am Standort in Telgte verwurzelt und beschäftigt rund 35 Mitarbeitende. Geplant sind eine Lagerhalle (max. 1.250 m²) und zusätzliche Außenla-

geflächen, die bislang faktisch genutzt, aber rechtlich im Außenbereich liegen. Gründe sind Platzmangel, betriebliche Effizienz und die Sicherung und nachhaltige Weiterentwicklung

nommen werden:
Schallschutzthemen: Zum Beispiel wird das sporadische Beladen von Fahrzeugen mit grobem Schüttgut mit hörbarer Abkipp- bzw. Fallhöhe mitunter

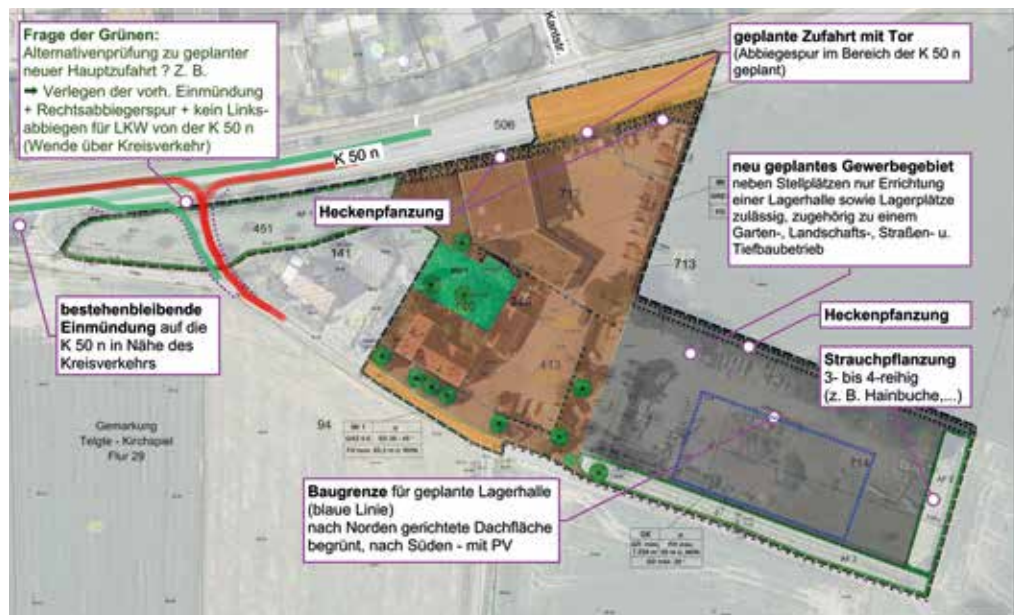
Alternativenprüfung: Die geplante Zufahrt gegenüber der Kantstraße ist kritisch zu hinterfragen; mögliche Varianten sind systematisch und nachvollziehbar abzuwägen (inkl. Verkehr, Lärm, Sicherheit).

Dialog: Sowohl die Belange der Anwohner*innen als auch die des Betriebs sind uns sehr wichtig, wir unterstützen daher den in Gang gesetzten Dialog mit Anwohner*innen.

Besonnenheit: Vorgetragene Bedenken sind sachlich zu prüfen und im Planungsprozess angemessen zu würdigen.

Fazit ist also: Eine nachhaltige Erweiterung ist städtebaulich möglich, für den Betrieb nachvollziehbar und im Sinne der Wirtschaftsförderung grundsätzlich unterstützenswert. Entscheidend ist nun, dass die offenen Fragen – insbesondere Lärmschutzfragen und die Klärung von Zufahrtalternativen – sachlich, transparent und fachlich fundiert auf die weitere Planung Einfluss nehmen. Gelingt das, lässt sich ein Kompromissformen, der Betriebsentwicklung und Lebensqualität der Nachbarschaft gleichermaßen Rechnung trägt.

Carsten Johannsen



Luftbild/Kataster: © Land NRW (Geobasis NRW), Quelle: TIM-Online NRW

onsveranstaltung erläuterte der Vorhabenträger die Beweggründe für eine Erweiterung: Der Familienbetrieb ist seit 1994 am Standort in Telgte verwurzelt und beschäftigt rund 35 Mitarbeitende. Geplant sind eine Lagerhalle (max. 1.250 m²) und zusätzliche Außenla-

geflächen, die bislang faktisch genutzt, aber rechtlich im Außenbereich liegen. Gründe sind Platzmangel, betriebliche Effizienz und die Sicherung und nachhaltige Weiterentwicklung

als störend wahrgenommen. Neue Zufahrt: Die geplante Einmündung gegenüber der Kantstraße wird von vielen Anwohner*innen als Belastung und Gefahrenpunkt empfunden, es wird eine nachvollziehbare Alternativenprüfung gefordert. Wofür wir als Grüne stehen:

als störend wahrgenommen.

Neue Zufahrt: Die geplante Einmündung gegenüber der Kantstraße wird von vielen Anwohner*innen als Belastung und Gefahrenpunkt empfunden, es wird eine nachvollziehbare Alternativenprüfung gefordert.

Wofür wir als Grüne stehen:



Die Quadratur des Kreises – Haushalt 2026

Der Haushaltsentwurf der Stadt Telgte für 2026 zeigt – wie schon in den Vorjahren, diesmal jedoch mit wachsender Dramatik –, dass die Kommunen strukturell unterfinanziert sind. Um dies zu verdeutlichen, folgt ein Überblick über die wichtigsten Einnahmen und Ausgaben.

Schaut man sich jetzt an, welche Möglichkeiten zum Haushaltsausgleich bestehen, so zeigt sich das ganze Dilemma:

Bei den **Einnahmen** sind die Möglichkeiten begrenzt. Geplante Mehreinnahmen sind ausschließlich im Bereich der Gewerbe- und Grundsteuer

möglich. In beiden Fällen hat die Kommune über die Hebesätze Einfluss auf die Höhe der Steuern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die letztendliche Höhe der Gewerbesteuer von den Gewinnen der Unternehmen in Telgte abhängt. Hinzu kommen nur schwer kalkulierbare Nach- oder Rückforderungen aus vergangenen Jahren. Alle anderen Einnahmen sind mehr oder weniger gesetzlich festgelegt oder sind Anteile an ein Steueraufkommen auf höheren Ebenen.

Noch geringer sind die Möglichkeiten, die **Aufwendungen** in relevantem Ausmaß zu begrenzen. Allein die Transferaufwendungen – hier zählen insbesondere die Kreis- und die Jugendamtsumlage in Höhe von 22,27 Millionen Euro – verschlingen mehr als die Hälfte der Erträge. Und diese Umlage hat sich gegenüber dem Vorjahr um **24 Prozent** erhöht!

Ebenso schwierig ist die Reduzierung der Personalausgaben, da das vorhandene Personal für die Erledigung einer Vielzahl von gesetzlich festgelegten Aufgaben benötigt wird. Gleich-

ermaßen sind die Sach- und Dienstleistungen sowie die sonstigen Aufwendungen überwiegend gesetzlich vorgegeben und somit nur in geringem Maße zu reduzieren. Selbst wenn alle zulässigen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, bleibt ein zweistelliges Millionendefizit bestehen.

Der Preis für ein solch radikales Sparen wäre zudem die Streichung von Leistungen wie beispielsweise das Schwimmbad, die Kulturveranstaltungen oder die Unterstützung der Telgter Vereine – also Leistungen, die für das Leben in Telgte überaus wichtig sind. Zusätzlich müssten alle Maßnahmen zum Erhalt der vorhandenen Infrastruktur noch weiter heruntergefahren werden, Schulen und Kitas könnten nicht erneuert oder saniert werden.

Die Ansiedlung weiterer Gewerbebetriebe scheint ein probates Mittel zu sein, die Steuereinnahmen, insbesondere die Gewerbesteuer, zu erhöhen, doch hierzu ist ein attraktives Umfeld mit einer intakten und leistungsfähigen Infrastruktur erforderlich. Zudem sind nicht

alle angesiedelten Firmen zwingend erfolgreich. Auch erfordert weiteres Wachstum dann wieder weitere Investitionen in die Infrastruktur Telgtes. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz.

Wirkliche Hilfe kann nur eine bessere Finanzausstattung der Kommunen und insbesondere eine konsequente Anwendung des sogenannten Konnexitätsprinzips bringen. Das Konnexitätsprinzip besagt, dass Kommunen für jede Aufgabe, die sie von Bund oder Land auferlegt bekommen, auch die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Hier stehen sich Bund und Land aber zunehmend aus der Verantwortung – wie beispielsweise bei der Unterbringung und Versorgung Geflüchteter.

Es sollte daher auch klar sein, dass weitere Steuererleichterungen auf Bundesebene zu Einnahmeverlusten führen: Geld, das nicht zuletzt auch auf kommunaler Ebene fehlt und hier dann wieder zu Steuererhöhungen führen wird.

Peter Spieker

Die **Erträge** in Höhe von rund **55,39 Millionen Euro** ergeben sich aus den folgenden Positionen:

Steuern: 37,10 Millionen Euro

a. Gewerbesteuer: 14,30 Millionen Euro

b. Grundsteuer A und B: 4,46 Millionen Euro

c. Einkommensteueranteil: 14,56 Millionen Euro

d. Umsatzsteueranteil: 2,01 Millionen Euro

e. Sonstige Steuern und Kompensationsleistungen:

1,77 Millionen Euro

Zuweisungen vom Bund und Land: 6,90 Millionen Euro

Gebühren und sonstige Leistungsentgelte: 6,14 Millionen Euro

Kostenerstattung: 1,09 Millionen Euro

Sonstige Erträge: 3,65 Millionen Euro

Dem gegenüber stehen **Aufwendungen** von

68,52 Millionen Euro, die sich wie folgt aufteilen:

Transferaufwendungen: 28,40 Millionen Euro

Personal und Versorgungsaufwendungen: 14,74 Millionen Euro

Sach- und Dienstleistungen: 10,82 Millionen Euro

Abschreibungen: 5,79 Millionen Euro

Sonstige Aufwendungen: 7,60 Millionen Euro

Zinsen: 1,15 Millionen Euro

Generationengerechtigkeit: Mut zur Entscheidung

Haushaltsrede unserer Fraktionsvorsitzenden Sabine Grohnert



Foto: Jan Söhlke

Trotz guter Einnahmen in der Gewerbesteuer – an dieser Stelle kann ich den Telgter Betrieben nur danken für ihre offensichtlich gute Arbeit bei immer wieder neuen Herausforderungen an die einzelnen Unternehmen – und auch guten Einnahmen in der Einkommenssteuer haben wir einen Haushalt vor uns liegen, der ein großes **strukturelles Defizit** ausweist. Genehmigungsfähig nur durch Verlustvorträge und ähnliche Maßnahmen. Das schafft jetzt Luft für den Haushalt, löst aber kein einziges Problem!

Nach einer 9-stündigen Finanzausschusssitzung blieben wir etwas ratlos zurück. Anträge wurden beraten, es gibt unterschiedliche Meinungen,

unterschiedliche Abstimmungsergebnisse. Das ist Demokratie.

Mehr Mitsprache. Darum soll es in einem neuen **Dorfausschuss** für Westbevern gehen. Den Wunsch der Westbeverner*innen nach mehr Mitsprache und Information unterstützen wir als Grüne sehr gern. Wir sind allerdings der Meinung, dass eine Ratssprechstunde in den einzelnen Dorfteilen der bessere Weg für einen echten regelmäßigen Austausch ist, bei dem man auch verbindliche Rahmenbedingungen schaffen kann. Und das ohne einen zusätzlichen hohen Verwaltungsaufwand und wichtige Pöstchen!

Klimakrise in Telgte? Gibt es nicht, so möchte man meinen. Oder wie soll ich das Infragestellen einer der Stellen im Bereich Klimamanagement und den Umgang mit geplanten Maßnahmen seitens der FDP und der CDU deuten?

Bei einem Haushalt geht es für uns aber auch immer um die einfache Frage: Wie fair gehen wir mit den kommenden Generationen um? **Generationengerechtigkeit** heißt nicht nur, Schulden zu vermeiden. Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft! Deshalb unterstützen wir Projekte wie den Neubau der Ma-

rienschule ausdrücklich! Auch der Erhalt des Freibades und der Bücherei muss unser Ziel bleiben.

Wir haben auch viele der **Anträge der ehrenamtlichen Verbände und Vereine** aufgegriffen, die mit ihrer Arbeit eine wichtige Stütze der Stadtgesellschaft sind. Ein Antrag sticht hier aufgrund der hohen Summe deutlich heraus: der Kunstrasenplatz für den SV Ems Westbevern. Den unterstützen wir auch weiterhin! Für uns ist allerdings klar, dass die Umsetzung erst beginnen kann, wenn ein Teil der Kosten durch Fördermittel gedeckt ist.

Die Verwaltung hat vorgeschlagen, die Steuern moderat zu erhöhen. Zweifelsohne kein populärer Schritt – aber ein ehrlicher. Unsere Aufgabe als Kommunalpolitik ist es, die Stadt heute **handlungsfähig** zu halten – und sie gleichzeitig für morgen stark zu machen.

Wir müssen uns genau überlegen, wo wir uns als Stadt hin entwickeln wollen! Generationengerechtigkeit bedeutet Mut zur Entscheidung.

Wir sind nicht mit allem einverstanden, was wir hier beschließen! Aber wir werden diesen Haushalt konstruktiv und dialogbereit begleiten.

NEU IM SHOP.

BARREL JEANS

DER DENIM-TREND - NACHHALTIG INTERPRETIERT.

EINFACH ANPROBIEREN. DU WIRST SIE LIEBEN!

SPIEKER
ESSENTIALS

ECO + FAIR FASHION
IN TELGTE SINCE 2010
KAPELLENSTR. 4



Grüne Anträge zu Haushaltsberatungen

Im Finanzausschuss wurden zentrale Weichen für den Haushalt 2026 gestellt – wir haben konkrete Vorschläge eingebracht, Prioritäten gesetzt und wichtige Debatten angestoßen. Hier ein Überblick über unsere Anträge und die Ergebnisse der Beratungen:

Fördermittelmanagement klug neu aufstellen

Wir wollen weiterhin gezielt Fördermittel für Telgte erwerben – für Stadtentwicklung, Umwelt und soziale Projekte. Unser Vorschlag war, den Ansatz auf 35.000 € festzusetzen und möglichst internes Personal zu qualifizieren. In der Beratung signalisierte die Verwaltung, eine halbe Stelle stellenplanneutral über eine derzeit unbesetzte Stelle zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund haben wir unseren Antrag zurückgezogen. Entscheidend bleibt: Fördermittel sollen effizient und nachhaltig gesichert werden.

ZURÜCKGEZOGEN

Bürgerbus kann kommen – starkes Signal für Mobilität

Ein Bürgerbus kann die Anbindung von Vadrup und dem Telgter Süden verbessern und Lücken im Nahverkehr schließen. Wir haben einen einmaligen Zuschuss von 30.000 € an einen noch zu gründenden

Bürgerbusverein für die Anschaffung vorgeschlagen. Der Finanzausschuss ist diesem Vorschlag einstimmig gefolgt – mit einem Sperrvermerk, bis die Gründung des Vereins konkret ist. Das ist ein starkes Signal für ehrenamtliches Engagement und bessere Mobilität vor Ort.

ANGENOMMEN

Crowdfunding: Gute Idee, aber noch vertagt

Mit einem kommunalen Crowdfunding wollen wir kleine Projekte wie Sitzbänke oder Spielgeräte gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen. Der Ausschuss zeigte grundsätzliche Zustimmung. Die Entscheidung wurde jedoch zurückgestellt – unter anderem mit Blick auf die Rolle einer Bürgerstiftung über deren mögliche Gründung berichtet wurde. Wir bleiben dran, denn solche Teilnehmungsformate stärken Engagement und Identifikation mit unserer Stadt.

ABGELEHNT

Mobiles Blitzgerät: Für mehr Sicherheit gekämpft

Zu schnelles Fahren und Rotlichtverstöße gefährden besonders Kinder und ältere Menschen. Wir wollten prüfen lassen, ob Telgte – im Verbund

mit Ostbevern und Everswinkel – ein mobiles Blitzgerät anschaffen kann. SPD und FDP enthielten sich, die CDU stimmte dagegen. Der Antrag wurde abgelehnt. Wir halten weiterhin daran fest: Mehr kommunale Handlungsmöglichkeiten bedeuten mehr Verkehrssicherheit.

ABGELEHNT

Denkmalschutz: Einstimmig für Haushaltsdisziplin

Angesichts der angespannten Haushaltslage haben wir vorgeschlagen, die geplante halbe Stelle im Denkmalschutz vorerst nicht einzurichten und stattdessen Alternativen zu prüfen, wie etwa einen ehrenamtlichen Denkmalschutzbeauftragten oder eine Kooperation mit anderen Städten. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen. Damit setzen wir auf interkommunale Zusammenarbeit, Qualifizierung im Bestand und verantwortungsvolle Prioritätensetzung im Stellenplan.

ANGENOMMEN

Quartiersarbeit stärken – Zusammenhalt vor Ort fördern

Gutes Zusammenleben entsteht nicht von allein. Gerade in dichter bebauten Quartie-

ren braucht es Orte der Begegnung, Unterstützung für nachbarschaftliche Initiativen und gezielte Angebote für Senior*innen, Familien oder mehrsprachige Gruppen. Mit 5.000 € wollten wir niedrigschwellige Quartiers- und Gemeinwesenarbeit ermöglichen, etwa für kleine Projekte im Wohnumfeld oder zur besseren Vernetzung bestehender Initiativen. In der Beratung bestand breite Zustimmung zum Ziel. Die Verwaltung soll nun zunächst ohne zusätzliches Budget aktiv werden. Entscheidend ist für uns: Es müssen konkrete Impulse folgen, damit Nachbarschaften spürbar gestärkt werden.

ABGELEHNT

Wirtschaftsbetriebe: Haushalt entlasten

Die städtischen Wirtschaftsbetriebe verfügen über solide Rücklagen. Wir haben beantragt zu prüfen, wie mögliche Verluste aufgefangen werden können, ohne den städtischen Haushalt zusätzlich zu belasten. Der Ausschuss hat dem Prüfauftrag zugestimmt. Ziel bleibt, finanzielle Spielräume zu sichern und verantwortungsvoll mit städtischen Mitteln umzugehen.

ANGENOMMEN

Fahrradständer am Wochenmarkt

Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und E-Bikes am Wochenmarkt. Wir haben dafür einen Zuschuss von bis zu 900 € vorgeschlagen. CDU und FDP lehnten den Antrag ab, sodass keine Umsetzung erfolgt. Wir finden: Wer den Radverkehr stärken will, sollte auch für sichere Infrastruktur sorgen.

ABGELEHNT

Innerbetriebliche Leistungsverrechnung wird überprüft

Die innerbetriebliche Leistungsverrechnung (ILV) des städtischen Bauhofes verursacht Aufwand und soll dennoch Transparenz schaffen. Wir wollten wissen, ob Nutzen und Kosten in einem angemessenen Verhältnis stehen. Vereinbart wurde ein Bericht im Hauptausschuss im Mai. Danach wird weiter beraten. Für uns gilt: Weniger Bürokratie, mehr Effizienz – ohne Steuerungsfähigkeit zu verlieren.

PRÜFAUFTRAG

Marian Husmann

Mitreden statt zuschauen

Ortsausschuss vs. Dorfdialog

Wie können die Menschen in Westbevern und Vadrup besser an kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligt werden? Darüber wurde im Rat intensiv diskutiert. Am Ende hat die Mehrheit aus CDU und FDP die Einrichtung eines Ortsausschusses beschlossen. Wir Grünen haben dagegehalten und stattdessen einen offenen „Dorfdialog“ vorgeschlagen.

Die Idee hinter dem Ortsausschuss klingt auf den ersten Blick nachvollziehbar: Themen, die Westbevern und Vadrup betreffen, sollen in einem eigenen Gremium vor Ort beraten werden.

Aus unserer Sicht überwiegen dennoch die Nachteile. Ein Ortsausschuss ist an formale Regeln, Geschäftsordnungen und festgelegte Abläufe gebunden. Bürgerinnen und Bürger können sich dort nur zum Tagesordnungspunkt „Einwohnerfragestunde“ einbringen, und das auch nur in Form von Fragen an die Verwaltung. Ein offener Aus-

tausch auf Augenhöhe zwischen Bevölkerung und Politik ist so nicht möglich, eigene Themen der Menschen vor Ort können in der Sitzung nicht eingebracht werden. Hinzu kommt, dass die Beschlüsse des Ortsausschusses nicht bindend sind, sondern lediglich Empfehlungen an andere Fachausschüsse oder den Rat. Gleichzeitig verursacht jede Sitzung zusätzlichen organisatorischen, personellen und finanziellen Aufwand. Die Verwaltung bezifferte die Kosten pro Sitzung auf 1.000 bis 3.000 Euro – bei einem ohnehin schon belasteten Haushalt.

Genau deshalb haben wir Grünen eine andere Lösung vorgeschlagen: den „Dorfdialog“. Unsere Idee war eine offene Ratsprechstunde vor Ort, ohne starres Sitzungskorsett und ohne formale Hürden. Bürgerinnen und Bürger sollten ihre Themen direkt einbringen, Fragen stellen, vielleicht auch Frust abladen und mit Ratsmitgliedern ins Gespräch kommen können.

Auch spontane Zusammenkünfte für aktuelle Themen wären damit möglich, da keine Einladungen mit zweiwöchiger Frist wie bei einem Ausschuss nötig sind. Für uns ist das die niedrigschwelligere, bürgernähere und ehrlichere Form der Beteiligung. Die SPD hatte beantragt, den Ortsausschuss nach anderthalb Jahren zu evaluieren, also Kosten, Aufwand und tatsächlichen Nutzen zu überprüfen. Aber dieser Vorschlag wurde von CDU und FDP strikt abgelehnt. Damit ist die Entscheidung zunächst gefallen: Westbevern bekommt einen Ortsausschuss. Wir Grünen bleiben jedoch dabei: Mehr Beteiligung gelingt nicht in erster Linie durch formale Strukturen, sondern durch direkte Gespräche, Offenheit und eine Politik, die den Menschen vor Ort wirklich zuhört und mit ihnen spricht anstatt über sie.

Anja Weiligmann



Zu Gast im Schloss

Körber-Stiftung lädt zum Austausch und Besuch beim Bundespräsidenten

Anfang März ludt die Körberstiftung ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu einer Konferenz mit intensivem Austausch nach Berlin ein. Als besonderer Höhepunkt fand am zweiten Tag ein Empfang beim Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und seiner Frau Elke Büdenbender im Schloss Bellevue statt.

Auch ich hatte die Ehre, unter den ausgewählten Ehrenamtlichen sein zu dürfen. Diese beiden Tage waren pickepackevoll mit hochspannenden Vorträgen (z. B. von Maja Göpel), sehr intensiven Gesprächen in verschiedenen Workshops zu aktuellen Themen in der Kommunalpolitik, dem Kennenlernen besonderer Persönlichkeiten und der berührenden Würdigung unseres Tuns.

Es ist der Zähigkeit der Körberstiftung zu verdanken, dass ich letztlich doch zusagte und mich auf den Weg nach Berlin machte. Erst glaubte ich nämlich, ich könne nicht gemeint sein – ich habe als stellvertretende Bürgermeisterin in Telgte ja keinerlei Entscheidungsmacht und „nur“ repräsentative Aufgaben – nichts, wofür mir jemand besonders danken müsste, so dachte ich. Schließlich ist es für mich eine der wenigen durchweg positiven Rollen in der Kommunalpolitik, die mich seit Jahren beflügelt und maßgeblich meine Verbundenheit mit den Menschen hier – in meiner geliebten Wahlheimat – stärkt und festigt. Um diese Aufgabe mache ich deshalb nur ungern einen großen Wirbel, ich bin eher zutiefst dankbar dafür. Dass ich als Person Tatjana Scharfe nicht zufällig eingeladen wurde, bewies mir die Organisatorin auf recht eindrückliche Weise in einer Mail als Antwort auf mein skeptisches Nachfragen.

Dennoch, ein Großteil der Anwesenden waren Ehrenamtliche, die kleine Ortsteile und Dörfer leiten und Verwaltungen vorstehen ... ganz häufig nebenberuflich für extrem wenig finanzielle Wertschätzung. Sie lieben ihr Dorf, sind meistens in Vereinen schon lange aktiv,

kamen mancherorts durch Projekte oder Initiativen in die erste Reihe. So stand die Frage, ob sie sich mehr Verantwortung zutrauen und kandidieren würden, erwartbar im Raum. Und der kleine Schritt im Hier und Jetzt mit einem „Ja“ zu antworten,

umfassenden Forsa-Umfrage zur Situation der Ehrenamtlichen und den Herausforderungen bezüglich fehlender Haushaltsmittel, Bedrohungen und Konflikten wurden vorgestellt und diskutiert. Welche Fragen stellen sich, wo müssen Struktu-

amtlichen mit Diskussion an. Die Schlussworte durch Frau Büdenbender taten uns allen wirklich gut. Sehr genau ging sie darin auf das kurz vorher Gesagte ein und hob die Bedeutung unseres Tuns für den Erhalt der Demokratie hervor.

wisse Tradition gewachsen, die Ehrenamtlichen in den Blick zu nehmen. Man hoffe sehr, dass dieses Format durch den oder die nächste Bundespräsidentin fortgesetzt werde.

Übrigens: Frank-Walter Steinmeier und seine Frau nahmen sich insgesamt drei Stunden für uns Zeit, schüttelten geduldig Hände, lächelten in Handy-Kameras, fragten nach der jeweiligen persönlichen Situation in der Kommune, sahen Herausforderungen bevorstehender Wahlen – ganz offen, zugewandt und mit viel Einfühlungsvermögen. Ich trat erst ziemlich zum Schluss an Herrn Steinmeier heran, auch für eines dieser etwas albern anmutenden Hand-schüttelfotos, die letztlich eben doch etwas Besonderes sind. Die Dankbarkeit, in unserer Rolle gewürdigt und gesehen worden zu sein, fühlte sich besser an, als ich erwartet hatte.

Und trotzdem: Ich als stellvertretende Bürgermeisterin in Telgte habe eine wunderschöne Aufgabe. Nur die Nervosität und das Lampenfieber vor einer öffentlichen Rede, die ich vorher selbst schreibe, ist meine „Mutprobe“, der ich mich immer wieder gegenüber sehe, da helfen leider keine Erfahrungen.

Tatjana Scharfe



Foto: Körber-Stiftung/ David Ausserhofer

wird plötzlich riesig – in Bezug auf Arbeitsbelastung, größter Verantwortung für Menschen, ihre Heimat und deren Zukunft. Sie tun es trotzdem, mit ganz viel Herz und ganz viel Zeit und Kraft. Und nie ohne den Rückhalt in ihren Familien, die sie ermutigen und Freiraum opfern.

Die Körberstiftung wies uns für den ersten Tag mit dem Thema „Zukunft möglich machen“ bewusst in eine optimistische Richtung. „Rund 6.500 ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland leisten einen zentralen Beitrag für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie lösen Probleme, vermitteln in Konflikten, hören zu, treffen und erklären Entscheidungen. Und setzen sich in ihrer Freizeit für ihren Ort ein, mit dem festen Ziel, diesen für alle besser zu machen.“ So nachzulesen auf der Website der Stiftung. Die Ergebnisse einer von ihnen in Auftrag gegebenen

ren verändert, Bürokratie unter die Lupe genommen werden? Und nicht zuletzt: Ist eine so wichtige, verantwortungsvolle Aufgabe in Zukunft noch „ehrenamtlich“ leistbar? In Telgte schon, wegen des klar eingegrenzten Aufgabenbereichs: der Repräsentation der Stadt.

Eine ganz besondere Begegnung fand am Tag zwei im Schloss Bellevue statt. Nachdem wir – etwa 100 ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – durch die Sicherheitskontrolle geleitet wurden, wuchs die Spannung greifbar. In den Räumlichkeiten des Schlosses gab es für mich als Kunst- und Kulturinteressierte zudem sehr viel zu entdecken: Gemälde, historisch bedeutsame Möbelstücke und Objekte, Blumenschmuck ... ein ganz besonderes Ambiente.

Der Ansprache des Bundespräsidenten und der Vertreterin der Stiftung schloss sich eine Podiumsrunde aus drei Ehren-

Wie ihr Mann machte sie uns allen Mut, nicht locker zu lassen. Man habe viele Jahre immer die Hauptamtlichen ins Schloss eingeladen und nun sei eine ge-

ZWEIRAD ROSS
zweirad-ross.de
Schürenstraße 7-9 | Sassenberg | 02583/1005

KTM BIKE INDUSTRIES
Macina Sport SX10 Di2

BOSCH
Mit dem neuen Performance SX Smart System

SHIMANO
und elektronische Di2 10-fach Kettenschaltung. Ein leichtes E-Bike mit 21,1 kg inklusive Akku, in zwei weiteren Rahmenformen erhältlich.

Online-Katalog: www.zweirad-ross.de/angebot

Auf unserer Website

HINWEIS!

Dieser Artikel mit weiterführenden Links zu den Ergebnissen der **Forsa-Umfrage** und der **Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier** ist auch auf unserer Homepage unter www.gruene-telgte.de zu finden.

TATJANA SCHARFE

2009 - 2020
zweite stellvertretende
Bürgermeisterin

2020 - 2025
erste stellvertretende
Bürgermeisterin

seit Ende 2025
wieder zweite stellvertretende
Bürgermeisterin

My Body, My Choice!

Selbstbestimmung ist nicht verhandelbar



Foto: Anja Weiligmann

Als ich am Morgen des 5. Februar in den Zug nach Hamm stieg, war es bitterkalt. Ich hatte mir extra Urlaub genommen, weil ich wusste: Heute muss ich da sein. Nicht als Zuschauerin, sondern als Frau, als Grüne Kommunalpolitikerin und als jemand, die seit Jahren dafür kämpft, dass Frauen selbst über ihren Körper entscheiden dürfen.

Auf der Zugfahrt las ich noch einmal die Hintergründe zum Fall von Professor Joachim Volz, Chefarzt der Frauenklinik am Klinikum Lippstadt. Seit 13 Jahren leitet er dort das Perinatalzentrum und führte medizinisch indizierte Schwangerschaftsabbrüche durch. Abbrüche, die nach deutschem Recht ausdrücklich nicht rechtswidrig sind. Doch

als das Klinikum Ende 2024 einen katholischen Träger bekam, erhielt Professor Volz die Anweisung, keine Abtreibungen mehr durchzuführen, außer bei „Gefahr für Leib und Leben“. Die Klinik berief sich dabei auf die Sonderrechte der Kirchen im Arbeitsrecht. Gleichzeitig untersagte sie ihm auch, Eingriffe dieser Art in seiner eigenen Praxis in Bielefeld vorzunehmen. Und dagegen klagte er nun in zweiter Instanz hier in Hamm, zuvor war zu einer Demo aufgerufen worden, um ihm den Rücken zu stärken und Flagge zu zeigen. Als ich in Hamm ankam, hatten sich trotz der Kälte 500 Menschen auf dem Marktplatz versammelt, viele davon mit selbst gemalten Schildern. Auf der Bühne stand Professor Volz und sprach davon, dass er Arzt

§ 219 a StGB

§ 219a StGB war das sogenannte „Werbeverbot“ für Schwangerschaftsabbrüche. In der Praxis traf es auch Ärztinnen und Ärzte, die auf ihren Websites sachlich über Ablauf und Methoden informierten, was laut Bundesregierung den Zugang zu verlässlichen Informationen und die Suche nach geeigneten Praxen erschwerte. Der Bundestag beschloss die Abschaffung des Paragraphen am 24. Juni 2022, weil Ärztinnen und Ärzte nicht länger strafrechtlich verfolgt werden sollten, wenn sie sachliche medizinische Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen öffentlich bereitstellen. CDU/CSU sowie AfD votierten gegen die Abschaffung.

sei und kein Mörder. Dass seine ärztliche Hilfe keine Sünde sein könne. Dass eine Frauenklinik kein Gebetshaus sei, ein Uterus kein öffentlicher Raum und ein Arzt kein Priester.

Starke Reden kamen auch von Sarah Gonschorek, einer der Mit-Initiatorinnen der Demo, unserer frauenpolitischen Sprecherin Ulle Schauws, der SPD-Landtagsabgeordneten Lisa Kapteinat und der frauenpolitischen Sprecherin der Linken im Bundestag, Kathi Gebel. Auch Kristina Hänel war gekommen, eine der bekanntesten Stimmen im Kampf gegen Paragraph 219a. Ihr Fall hatte die Debatte um seine Abschaffung maßgeblich mit ausgelöst. Unterstützende Stimmen aus den Reihen der FDP oder CDU suchte man hier leider vergebens, wie so oft bei frauenpolitischen Themen.

Das Urteil war ein Teilerfolg. Das Landesarbeitsgericht bestätigte zwar das Recht des Klinikums, ihm als angestelltem Chefarzt Abtreibungen am Krankenhaus zu verbieten – gestützt auf die unternehmerische Freiheit –, aber die Weisung, die auch seine ambulante Tätigkeit in seiner eigenen Praxis einschränkte, erklärte das Gericht für ungültig, weil sie ohne triftigen Grund weiter ging als nötig. Für seine Patientinnen bedeutet das: Sie können weiterhin ambulant in seine Praxis kommen und die Versorgung erhalten, die sie brauchen.

Doch dieser Einzelfall ändert nichts an der grundsätzlichen Lage. Und genau das macht mir Angst. Denn der Blick über den Atlantik zeigt, wohin es führen kann, wenn religiöse Überzeugungen und politischer Extremismus über die körperliche Selbstbestimmung von Frauen gestellt werden. In den USA wurde erst im Februar 2026 im Bundesstaat Tennessee ein Gesetzesentwurf eingebracht, der Abtreibung als Mord einstufen wollte – mit der theoretischen Konsequenz der Todesstrafe, und zwar nicht nur für die Frau, sondern auch für die Ärztinnen und Ärzte, die den Eingriff vornehmen. Zwar ist dieser Entwurf Anfang März in einem Unterausschuss gescheitert, aber allein die Tatsache, dass ein gewählter Abgeordneter so etwas ernsthaft zur Abstimmung bringt, zeigt die Richtung, in die sich Teile der amerikanischen Politik bewegen.

Und die Konsequenzen dieser Entwicklung sind bereits tödlich real. Seit der Oberste Gerichtshof der USA 2022 das allgemeine Recht auf Abtreibung kippte und die Entscheidung darüber wieder an die einzelnen Bundesstaaten verwies, haben strenge Abtreibungsverbote in Staaten wie Texas dazu geführt, dass Ärztinnen und Ärzte aus Angst vor Strafverfolgung Frauen mit lebensbedrohlichen Schwangerschaftskomplikationen die Behandlung verweigern oder fatal hinauszögern. Frauen

mit Eileiterschwangerschaften, Fehlgeburten oder vorzeitigem Blasensprung werden aus Notaufnahmen abgewiesen, weil niemand das Risiko eingehen will, dass Angehörige oder Behörden den Vorwurf erheben, es habe sich um eine Abtreibung gehandelt. Mindestens zwei Frauen sind in Texas nachweislich daran gestorben.

Frauen, die verbluten, weil ihnen kein Arzt helfen will. In einem der reichsten Länder der Welt. Im 21. Jahrhundert.

Und Deutschland? Wir sind vielleicht nicht Texas. Aber wenn ein Krankenhaus in Nordrhein-Westfalen einem erfahrenen Chefarzt verbieten kann, medizinisch notwendige Eingriffe durchzuführen – Eingriffe, die nach deutschem Recht legal sind –, weil ein katholischer Träger das so will, dann steuern wir in manchen Belangen auf einen ähnlichen Weg zu. Professor Volz selbst verwies in seinem Plädoyer auf Polen, wo Frauen starben, weil Ärzte ihnen zu lange den Abbruch verweigerten. Sein Anwalt stellte klar, dass einen medizinisch notwendigen Abbruch nicht durchzuführen, zumindest eine fahrlässige Körperverletzung oder gar Tötung darstellen könne.

Dieses Urteil ist eine Einzelfallentscheidung, das betonte der Richter ausdrücklich. Für andere Krankenhäuser hat es keinerlei Auswirkungen. Die Politik ist am Zug, wie Volz nach der Verhandlung richtig sagte. Auf der Rückfahrt im Zug habe ich den Tag noch einmal Revue passieren lassen. 500 Menschen im eisigen Wind. Ein Arzt, der sich weigert, seine Patientinnen im Stich zu lassen. Ein Land, in dem kirchliche Sonderrechte im Arbeitsrecht dazu führen können, dass Frauen medizinische Versorgung verweigert wird. Ein Satz von einer der Sprecherinnen auf der Bühne hallte lange in mir nach: „Im OP sollte das Grundgesetz gelten, nicht die Bibel.“

Anja Weiligmann



Dein Abo für eine grüne Zukunft.

Gutes Essen fängt beim Boden an. Mit unserem Gemüse-Abo unterstützt du eine Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur arbeitet.

Wir verzichten auf jegliche Pflanzenschutzmittel und setzen auf echte Handarbeit.

www.raestrupergemüsegarten.de

IMPRESSUM



Zeitung der Grünen Telgte, Ratsfraktion & Ortsverband, Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Auflage: 8.200 Stück

V.l.S.d.P.:
Peter Spieker
Waldweg 27
48291 Telgte

REDAKTION

Peter Spieker
Redaktion, Autor

Anja Nietzschmann
Redaktion, Autorin

Greta Scharfe
Redaktion, Satz, Illustration

Tatjana Scharfe
Redaktion, Autorin

Anja Weiligmann
Redaktion, Lektorat, Autorin

KONTAKTADRESSEN

Ortsverband
Anja Weiligmann
info@gruene-telgte.de

Ratsfraktion
Sabine Grohnert
Tel.: 77096

Zum Wohl des Igels: Ein beispielhaftes Zehn-Schritte-Programm für mehr Igelschutz

Nr.	Machen Sie Ihr Zuhause igelfreundlich	Tun Sie etwas für igelfreundliche Kommunen
1	Hereinspaziert: Öffnen Sie Ihren Garten und schaffen Sie Durchgänge! 	Starten Sie igelfreundliches Laubmanagement für die öffentliche Grünpflege – der Rechen hat Zukunft!
2	Baumaterial für Igel pflanzen: Ein heimischer Gartenbaum könnte es sein! Wenn es etwas mehr sein darf: Legen Sie eine Streuobstwiese an!	Werten Sie Straßensäume und öffentliche Grünflächen auf: Blühflächen statt Einheitsgrün auf Baumscheiben 
3	 Legen Sie igelsichere Korridore als Sicht-, -Erosions- und Windschutz an. Pflanzen Sie eine Hecke mit heimischen Gehölzen. Schichten sie eine Benjeshecke auf!	Schaffen Sie Hecken und Gebüsch auf Friedhöfen und in öffentlichen Grünanlagen. Setzen Sie keine invasiven Pflanzen wie Kirschlorbeer
4	Fördern Sie die Insektenvielfalt und die natürliche Igel-Nahrung: Weg vom sterilen Einheitsrasen – hin zur Blühwiese. 	Entsiegeln und begrünen Sie Schulhöfe. Verboten Sie kahle Schottergärten ohne Insektenleben!
5	Verzicht auf gefährliche Gartengeräte: Mähroboter und Tellersensen, Fadenmäher	Untersagen Sie Igeln schadenden Maschineneinsatz: Nachtbetrieb von Mährobotern, Laubbläser im Saugbetrieb
6	 Bauen Sie Igel-Unterkünfte: Steinhäufen, Trockenmauern mit Hohlraum oder Kräuterspiralen mit integrierter Igelwohnung. 	Strukturieren Sie Gewerbegebiete und landwirtschaftliche Flächen durch Naturmodule, Hecken statt Mauern. Belassen Sie natürliche Unterschlüpfe, z.B. Totholz 
7	Bieten Sie Futterstation zur Selbstbedienung an: Bauen Sie einen Käferkeller! Stellen Sie Kompostsilos mit Einschluß auf. 	Beschatten Sie Parkplätze durch heimische Bäume! Legen Sie Ackerstreifen und Blühbeete mit heimischer Vegetation an
8	Bieten Sie Trinkwasser an, bes. in heißen Sommern: Sorgen Sie für Igeltränken, einem künstlichen Bachlauf oder einen Teich mit flach abfallendem Ufer	Schaffen Sie Wasserstellen auf Friedhöfen, in Parks und öffentlichen Grünflächen 
9	Beziehen Sie Nachbarn, Freunde und Verwandte in Ihr Igelprogramm ein!	Beraten Sie Grundstückskäufer, nehmen Sie Kleingartenvereine mit! Fordern Sie naturnahe Gestaltungselemente wie Hecken
10	 Initiieren Sie Öffentlichkeitsarbeit rund um den Igel – beim Viertelfest, bei alljährlichen Stadt- oder Dorfveranstaltungen!	Veranstalten Sie Aktionen, motivieren und prämiieren Sie gelungene igelfreundliche Grün-Projekte seitens Politik und Verwaltung!